

Forwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Post-
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7497.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepatente Kolonell-
 jelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Hof 1, Nr. 1508.
Telegraphen-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 30. Januar 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Kultur des Kapitalismus.

Die patentierten Staatsfliegen sowohl, wie die freiwilligen Verächter der göttlichen Weltordnung, so sehr sie sich auch sonst in den Paaren liegen, in einem Punkte sind sie alle mit einander einig. Dieser eine Punkt ist bei ihnen allen zu einem Glaubenssatz geworden, der wie alle übrigen Glaubenssätze nicht bewiesen werden braucht und auch noch niemals und nirgends ernsthaft zu beweisen versucht worden ist: Die Kulturfeindlichkeit des Sozialismus, die Kulturfeindlichkeit des Kapitalismus. Glaubenssätze sind eben Glaubenssätze; sie brauchen keiner Begründung und müssen blind geglaubt werden. Und weshalb auch nicht? Sie machen ja dem denkfaulen Menschen das Leben so bequem. Weshalb soll er sein Gehirn schmalz unnötig anstrengen? Wenn er nur ungeduldet die Profiten einstreichen kann, im übrigen will er seine Ruhe haben. Da er aber auch nicht gern als Dummkopf gelten und am Viechtisch mitreden möchte, so greift er seelenvergnügt zu ein paar Glaubenssätzen, die selbst dem besten Spießer durch die ewige Wiederholung schließlich in Fleisch und Blut übergegangen sind.

Einen dieser bürgerlichen Glaubenssätze möchten wir hier zum Beispiel ad absurdum führen. Es ist das der von der bürgerlichen Presse bis zum Ubel immer wieder in allen denkbaren Variationen produzierte Glaubenssatz: Der Sozialismus ist der Feind der Kultur.

Ein Land, welches die Segnungen der modernen kapitalistischen Kultur angeblich in besonders hohem Maße genießt, ist bekanntlich Kuba. Wir haben wiederholt berichtet, daß durch die große Menschenschlächterei, die dort zur höheren Ehre des Militarismus, des Patriotismus, des Kapitalismus und sonstiger sogenannter „höchster Güter“ etabliert ist und an die man sich schon wie an eine dauernde Institution, eine berechnete Eigenschaft gewöhnt hat, die landwirtschaftliche Produktion hin ganz ungenügend gedeiht. Auf weite Strecken zu hat man sich erst garnicht die Mühe genommen, die Acker einzustellen, da man doch nicht darauf hoffen durfte, die Ernte einzubringen; und wo man weniger westmüßig angehaucht war, an die Feldarbeit gegangen war, da werden diejenigen erkrant, deren Befehl für die „angestammte“ Herrschaft thürten, von den „Aufständischen“, diejenigen, deren Eigentümern sich für die letzteren erklärten, von den Spaniern, von diesen endlich, deren Eigner es mit keinem werden wollen, abwechselnd von beiden Parteien vermisst.

Nun durchschwirren seit einigen Tagen, in die ewigen Begebenheiten der Spanier eine angenehme Abwechslung bringend, einige dunkle, nicht recht verständliche Andeutungen: die Presse, dahingehend, daß dieser liebliche Zustand auf Kuba wodurch und weshalb wird nicht gesagt — in nächster Zeit eine Ende nehmen würde.

Wir haben vorläufig nicht die geringste Veranlassung dazu, die Wichtigkeit dieser Nachricht zu glauben. Aber wenn sie wirklich bewahrheiten sollte, so wäre es doch eigentlich selbstverständlich, daß die ganze Menschheit sich darüber freuen, ja, daß sie wie von einem Alp befreit aufatmen müßte. Wir finden es noch verständlich finden, wenn gewisse Leute, denen die kubanischen Wirren direkte Vortheile einbringen, die die militärischen Lieferanten, die wie fast überall auch hier den Staat betragen, oder die spanischen Generale, die ihre Söhne in Kuba in ungefährliche Adjutantenstellen hineinstecken und sie dann mit Gold und Ehren überhäuft als nationaler Helden in ihr heiliges Vaterland zurückkommen lassen, vor würden es verständlich finden, sagen wir, wenn diese Leute der Beendigung dieser Zustände mit einem gewissen Bedauern entgegen sähen. Aber bei anderen Leuten sollte man das doch für unmöglich halten, und namentlich in unserem guten, deutschen Vaterlande, das in diesem Falle ja nur als Zuschauer in der Sache betheiligt ist, sollte jeder, so wird der Spießer meinen, in seinem ach so guten Herzen wünschen, daß den armen Leuten dahinten nach so langen blutigen Kämpfen endlich Ruhe und Frieden beschieden sein mögen.

Mit nichten, guter Spießer; du irrst! Erwache, arm-seliger Trummer und mache die Augen auf! Wir halten dir ein gut bürgerliches und reputierliches Blatt vor die Nase, das „Hamburger Handelsblatt“, das über den internationalen Zuckermarkt folgendes schreibt:

Dagegen verstimmt in (England) temporäre Nachrichten über Friedensverhandlungen auf Kuba. . . . Wäre nun auch vom rein menschlichen Standpunkte aus die Beilegung des blutigen Krieges zu wünschen, so würde dies Ereignis für den Artikel Zucker einen harten Schlag bedeuten. . . .

Und genau das gleiche kann man in jeder Nummer der Zeitschriften der Zuckerinteressenten lesen.

Gehen dir die Augen auf, guter Spießer? Du erfährst hier — und hundert andere Blätter, deren Beziehungen zu den Befehlshabern der Zuckerproduktion nicht so offen zu Tage liegen, sagen dir das gleiche mit ähnlichen Worten — daß du vom rein menschlichen Standpunkte aus gedacht hast! Nun steht aber der rein menschliche Standpunkt an sich schon in unserer Zeit nicht besonders hoch im Kurse, und wenn er nun gar, wie hier, mit dem geschäftlichen Standpunkt in Widerspruch gerät, dann fort mit ihm! Einen solchen Standpunkt kann man sich höchstens einmal gestatten, wenn er den dreimal geheiligten Geldbeutel nicht gefährdet. Gehet

als hin alle, die ihr in Eurem feuer- und diebesficheren Selbstschranke Zuckeraktien und ähnliche angenehme Papierchen habt, und betet zum Gotte Mammon, daß der Krieg auf Kuba nimmer ein Ende finden möge. Und wenn ihr noch ein übriges für euren heiligen Besitz thun wollt, so wünscht auch auf eure übrigen Konkurrenten wenigstens Mißwachs und Besitzenz herab. Dann wird es euch wohlgehen und eure Aktien werden schwindelnde Kurse erreichen.

Das tieftraurige an der ganzen Sache ist nun aber nicht, daß so etwas gesagt werden kann, sondern daß es wahr ist! In der „besten aller Welten“ ist bekanntlich jeder Mensch der natürliche Feind seines Nächsten, da er in dieser oder jener Hinsicht sein Konkurrent ist. Und auf dem Weltmarkte für Zucker waren die kubanischen Exporteure keine unbedeutenden Konkurrenten. Welche Freude war es also für die anderen, als sie die Kubaner auf so bequeme Weise los werden konnten! Natürlich würden sie sich über das Verschwinden jedes anderen Konkurrenten von gleicher Bedeutung ebenso gefreut haben.

Die internationale Zuckerproduktion zog und zieht noch heute aus den kubanischen Wirren thatsächlich enorme Vortheile. Und wenn nun auf Kuba wirklich geordnete Zustände wiederkehren sollten, so daß die Zuckerproduktion in vollem Umfange wieder aufgenommen werden könnte, so würde durch dieses plötzliche gewaltige Angebot die Zuckerindustrie, die so wie so schon von den Staaten künstlich angepöppelt werden muß, in der That in eine bedenkliche Lage gerathen, über deren Ausgang man nur Vermuthungen hegen kann.

Man kann es also den Zuckerinteressenten wirklich nicht einmal verdenken, wenn sie vor dem Friedeschluß auf Kuba zittern, und man kann es den bürgerlichen Zeitungen nicht verübeln, wenn sie auf die für die heimische Industrie hieraus entstehenden unheilvollen Folgen in mehr oder weniger geschmackvollen Worten hinweisen. Aber kann eine Gesellschaft, deren Wirtschaftsordnung es mit sich bringt, daß die Beendigung blutiger Greuel für weite Kreise ganz untheiliger Völker verhängnisvoll einwirkt, kann eine solche Gesellschaft wirklich die Ehrenbezeichnung der Kultur für sich in Anspruch nehmen?

Wer vertritt den Kulturfortschritt: der Kapitalismus, der den Menschen aus dem Unglück seines Mitmenschen Profit zu ziehen läßt, oder der Sozialismus, der die wirtschaftlichen Gegensätze beseitigen und damit die Grundlage schaffen will für die allgemeine Geltung und Befolgung des uralten Gebotes: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst?

Politische Uebersicht.

Berlin, 29. Januar 1897.

Aus dem Reichstage. Das Gehalt des Reichs-Postmeisters ist auch heute noch nicht bewilligt worden, denn die Art, wie gestern Herr Dr. von Stephan und seine „rechte Hand“, Dr. Fischer, die berechtigtesten Wünsche, welche von den Abgeordneten der verschiedensten Parteien gestellt wurden, abgewiesen, fordert zur Kritik und entschiedenstem Widerspruch geradezu heraus. Der Herr General-Postmeister fühlt sich so sehr als absoluten Herrscher in seinem Departement, daß, wie es scheint, er Kritik nur schwer mehr zu ertragen vermag, macht ihn nervös. Da aber der Reichstag vorläufig noch nicht aus Postbeamten besteht, welche schweigen müssen, wenn es Herrn v. Stephan beliebt, so setzte heute die Kritik noch freischer ein als gestern. Herr v. Leipziger erklärte sich zwar zunächst gegen die gestern geforderten Reformen, aber selbst dieser konservative Redner konnte nur für einen Bruchtheil seiner Freunde sprechen, der Rest der Konservativen verlangt ebenfalls Verbilligung des Postos 2c.

Diesem Redner folgte Genosse Bebel, welcher, anknüpfend an den Fall des Rittmeisters von Auerswald, sich dagegen verwahrte, daß Verwaltungszweige wie die Post sich fremden Einflüssen zugänglich zeigen und ihren Dienst nach den Gunstbezeugungen einrichten, deren sich der eine oder andere an hohen Stellen erfreue. Weiter kritisierte Redner die Depeschensur, wie sie z. B. auch gelegentlich des Hamburger Streits geübt worden sei.

Kritisch waren die Ausführungen, welche der Direktor im Reichspostamt Scheffler den Beschwerden Bebel's entgegensetzte. Er bestritt ebenfalls, daß eine Vorchrift existire, nach welcher die Herren vom Unionklub bevorzugt werden sollten. Aber der Dienst am Fernsprecher mache nervös und ebenso gäbe es Menschen, welche, wenn sie ans Telephon kommen, leicht unruhig werden. Kenne man erst solche explosive Naturen, so sei es wohl möglich, daß man sie rasch zu befriedigen suche, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden. Herr v. Auerswald sei wohl als so ein Krakehler bekannt gewesen und deshalb mag es sein, daß für ihn ein besonderes Zeichen existirte. — Ob man einen gewöhnlichen bürgerlichen Krakehler wohl auch so zuvorkommend behandelt hätte?

Die Telegramm-Zensur erklärte der Herr als auf internationales Abkommen beruhend, sie sei also Pflicht der Behörde. Dr. Förster (Antisemit) wiederholte die gestern von seinem Fraktionsgenossen Berner bereits vorgebrachten Klagen noch einmal, außerdem wahrte er das Recht des Hauses, Beschwerden vorzubringen. Müller (Sagan) replizierte auf die gestrigen Ausführungen vom Bundesrathstisch, wobei er, wie uns scheint, zu unrecht, vom Herrn Präsidenten zur Sache verwiesen wurde.

Dr. Pachnide leistete sich eine verschämte Vertheidigung der Sonntagsarbeit, worauf Genosse Singer einen geheimen Erlaß des General-Postmeisters zur Sprache brachte, der an die gesammten Bezirks-Oberpostdirektionen gerichtet ist und der sich unter Hinweis auf einen bezüglichen Erlaß der preussischen Regierung direkt gegen das Petitions- und Versammlungsgesetz der Postbeamten richtet. Der General-Postmeister bezieht sich dabei auf eine Anweisung des Reichskanzlers, so daß also feststeht, daß es der Wille der Reichsregierung ist, daß den Postbeamten die Rechte, welche sonst jedem Staatsbürger zustehen, beschränkt werden. Natürlich ließ unser Genosse es an einer entsprechenden Würdigung dieser Maßnahme nicht fehlen. Der Unterstaatssekretär Dr. Fischer wußte darauf nur zu erwidern, daß der Erlaß ein geheimer gewesen sei und daß er es deshalb ablehnen müsse, darauf öffentlich einzugehen. Das wäre freilich die bequemste Art, um unangenehme Dinge herum zu kommen, aber die Herren im Reichspostamt glauben doch selber schwerlich daran, daß der Reichstag sich so billig abfinden läßt.

Nachdem Bech (Koburg) noch gezeigt, daß Preußen es vor allem sei, an dessen Widerspruch alle notwendigen Reformen scheitern, vertagte sich das Haus.

Morgen 12 Uhr Fortsetzung.

Im preussischen Abgeordnetenhause stand heute zunächst die Interpellation der Polen betr. die Auflösung vorchristlich angemeldeter Versammlungen, weil die Redner sich in denselben der polnischen Sprache bedienten, auf der Tagesordnung. Als die Polen vor wenigen Wochen eine ähnliche Interpellation eingebracht hatten, erklärte der Minister des Innern Herr v. d. Neke, daß demnächst eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts zu erwarten sei. Trotzdem nun, um eine Entscheidung dieser höchsten Instanz herbeizuführen, nur die Auflösung einer einzigen Versammlung nötig ist, scheint der Minister doch, unbekümmert, wie die Entscheidung lauten wird, vorläufig auf eigene Faust die Auflösung von Versammlungen zu billigen aus einem Grunde, den er selbst als ungeschicklich bezeichnet hat. Und in dem Vorgehen scheint eine gewisse Methode zu liegen, denn innerhalb weniger Wochen sind fünf solcher Fälle zur Kenntniß gelangt. Die Interpellation war also völlig berechtigt, und der Minister des Innern hatte durchaus keine Veranlassung, dem polnischen Abg. Szarlinski zu erwidern, daß die Besprechung dem Hause erspart bleiben könne, da das Urtheil des Ober-Verwaltungsgerichts noch nicht gesprochen sei. Sonderbar ist die Auffassung des Ministers, daß der Gebrauch der polnischen Sprache an und für sich kein Grund zur Auflösung sei, wohl aber dann, wenn keine geeignete Person zur Uebersetzung vorhanden ist und dadurch das Uebersetzungsrecht des Staates illusorisch wird. Daß die Regierung mit allen Mitteln der polnischen Agitation entgegenzutreten bereit ist, beweist die Erklärung des Ministers, er würde, falls die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts nicht in seinem Sinne ausfiele, den Weg der Gesetzgebung beschreiten. Für seine Behauptung, daß die Gefahren der national-polnischen Bewegung so große sind, daß dagegen Maßregeln ergriffen werden müßten, brachte Herr v. d. Neke einen Beweis nicht bei; er beschränkte sich einfach darauf, in einer späteren Rede dem Abg. Reichert zu erwidern, diese Gefahren seien so deutlich, daß er sie nicht nachzuweisen brauche; er würde damit offene Thüren einrennen.

Für das den Polen zugesetzte Unrecht legten sich namentlich die Zentrum-Abgeordneten Koeren und Dr. Porsch ins Zeug, während der Nationalliberale Dr. Sattler dem Minister zu Hilfe kam. Noch weiter als Reichert von der Neke ging Graf Limburg-Stürm (kons.), der die Regierung auch für den Fall um ein verschärftes Vereinsgesetz ersuchte, daß die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts nicht nach dem Wunsch des Ministers ausfallen sollte. Das Gespenst der von den Polen dem Staatsoberhaupt drohende Gefahr suchte Abg. Dr. Gerlich (l.) an die Wand zu malen. Die Größe dieser Gefahren kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß nach der Schilderung dieses Redners ein Pfarrer seiner Gemeinde empfohlen hat, nur polnische Gebanmen zu nehmen und daß eine exaltirte Lehrersfrau die Zeit herbeizählte, wo die Polen sich in deutschen Blute baden würden. Mit solchen Erzählungen kann man allerdings höchstens auf das preussische Abgeordnetenhause Eindruck machen. Nach Erledigung der Interpellation begann das Haus die Beratung des von uns bereits mitgetheilten agrarischen Fleischwertheuerungs-Kntages. Die Begründung seitens des Abg. Ring (kons.) begann mit dem üblichen Klageelied über die Noth der Landwirtschaft, der als einziger Erwerbszweig nur noch die Viehzucht übrig gelieben sei. Man merkte ihm an, daß es ihm lediglich darum ankam, auf Kosten der ärmeren Bevölkerung den Agrariern wieder einige Vortheile zuzuwenden. Die Antwort des Landwirtschaftsministers war überaus scharf und bestimmt. Er erklärte sich im Namen des Staatsministeriums gegen jede Sperrung der Grenzen und verwarf namentlich den Vorschlag des Verbots der Einfuhr russischer Schweine, da die gering entlohnenden ober-schleisischen Industriearbeiter, die einer kräftigen Fleischnahrung bedürften, auf das billigere russische Schweinefleisch angewiesen seien. Nachdem noch Graf Kanitz die handelspolitischen Bedenken des Ministers zu zerstreuen gesucht hatte, wurde die Debatte auf Montag vertagt.

Ein interessante staatsrechtliche Frage. Die Posthalterkonferenzen in Konstantinopel scheinen zu dem einen sicheren Ergebniss zu führen, daß dem Sultan in erster Linie zur Aufrechterhaltung seiner verschwenderrischen Hofhaltung ein großes Anlehen unter der Zinsgarantie der Großmächte vermittelt wird. Das offiziöse Organ des österreichisch-ungarischen Auswärtigen Amtes, das Wiener „Fremdenblatt“ meldet in seinem Handelsblatt:

„Die Diskussion der Mächte, die den Zweck hat, die Aufnahme einer neuen türkischen Anleihe zu erleichtern, wird nicht in der Uebernahme einer Zinsgarantie bestehen. Die Mächte werden nur die Bürgschaft dafür übernehmen, daß die zur Deckung der Kuponzinsen bestimmten Fonds nicht zu anderen

Zwecken verwendet werden. Es wird sich also in den befreundeten Staaten keinesfalls eine finanzielle Belastung ergeben, sodass auch die Notwendigkeit entfällt, die Angelegenheit den Parlamenten zu unterbreiten. Die Fonds für die Skoupons werden aus den Überschüssen derjenigen türkischen Staatsrenten gebildet, welche der Dette publique (der Verwaltung der öffentlichen Schuld) gewidmet sind.

Und wenn, was doch höchst wahrscheinlich ist, die Forderung an die garantierenden Mächte die stets in Finanzkalamitäten befindlichen türkischen Staatsrenten doch nicht hindern wird, die zur Zinszahlung bestimmten Fonds für die Verwirklichung des Harms des türkischen Großherrn zu verwenden, werden dann nicht die Mächte selbst aus ihren eigenen Steuereinnahmen zu zahlen haben? Da diese Eventualität möglich ist, da es sich ferner um einen staatsrechtlichen Vertrag von großer Bedeutung handelt, scheint uns die Vorlage des Vertrags an die Parlamente erforderlich.

Deutsches Reich.

Nachwahl zum Reichstage. Nachdem vom Reichstage die Wahl des Abg. Holz im 5. Wahlkreise des Regierungsbezirks Marienwerder, Schwes, für ungültig erklärt worden ist, hat der Regierungspräsident von Marienwerder die Ersatzwahl auf Mittwoch, den 31. März d. J., anberaumt.

Bei der gestrigen Reichstags-Ersatzwahl in Donau-Eschingen erhielt der „Bad. Landesbote“ zufolge nach den bisherigen Zählungen Dr. Metz (natlib.) 8066, Schüler (Zentr.) 8063 und Krohn (Soz.) 1105 Stimmen. Es hätte somit eine Stichwahl zwischen Dr. Metz und Schüler stattgefunden.

Parlamenten müde soll der Abg. Bennigsen sein. Diese früher schon oft gemeldete Nachricht scheint diesmal richtig zu sein, denn die Nationalliberalen des Wahlkreises Stabs-Bremervörde sind schon auf der Suche nach einem neuen Kandidaten.

Dementirt wird von den Berliner Neuesten Nachrichten die auch von uns übernommene Mitteilung der „National-Zeitung“, daß gegen den Oberlieutenant Wäde wegen seiner Zeugenaussage im Prozeß Bekert-Lühow ein ehrengerichtliches Verfahren eingeleitet sei.

Gegen das Spindelwesen eifert nun auch — man höre und staune — die „Staatsbürger Zig.“ Sie schreibt anlässlich des Juppoter Mordprozesses:

Es hat sich auch hier wieder gezeigt, wie unsicher alles Spindelwesen ist, und daß nicht immer der Kommissar der Kunstler zu einer wichtigen Auskunft sein muß. Sollte das nicht dazu führen, das Spindelwesen überhaupt mehr einzuschränken? —

Die Stimme der Angst läßt aus dem Hirtenbriefe, den der Generalsuperintendent Dr. Ruperti in Kiel jüngst veröffentlichte. In Bezug auf Holstein heißt es: „Mit großer Sorge sehe ich auf die sozialistische Bewegung hin, die in unserer Zeit auch durch die Kreise der Geistlichkeit geht, besonders der jüngeren unter ihnen. Gewiß, wir lutherischen Pastoren sind alle Sozialisten. In seinem Amte ist dem Pastor ja alle Noth Weisheit und der Seele, die er sieht, auf sein Gewissen gebunden. Er ist der geborene Freund und Berater, Helfer und Tröster in seiner Gemeinde. Aber das ist dem modernen Sozialisten nicht genug. Die Pastoren wollen große Politik treiben, für neue Ordnung der Steuern, des Wahlrechts u. s. w. agitieren, Partei für einen besonderen Stand ergreifen. Meine Brüder, ich sehe in diesem Treiben eine große Gefahr für unsere Kirche! Uns Pastoren fehlt für solche sozialistische Agitation die Zeit, die Kraft, das Recht.“ — Welche Bescheidenheit über Nacht! Sonst können ja die protestantischen Pastoren so ziemlich alles, mehr noch fast als die Juristen. Jetzt auf einmal haben sie nicht die Zeit, die Kraft, das Recht sich mit einer Sache zu beschäftigen, die die ganze Welt bewegt.

Sächsische Versammlungsverbote. Die Versammlungsverbote einer löblichen sächsischen Behörde erweisen sich in ganz Deutschland einer gewissen Bekanntheit. Neuerdings ist der Name des Bürgermeisters des sächsischen Weberschloßes Meerane, ein Herr Dr. Ebeling, aus der Verborgenheit seiner amtlichen Wirksamkeit in die weitere Öffentlichkeit gedrungen. Der Herr hat bekanntlich kürzlich dem Genossen Wedel das Sprechen in Meerane durch ein eigenartiges Verbot unmöglich gemacht. Wir drücken dasselbe an leitender Stelle ab, weil es durch seine Bezugnahme auf die Vorgänge in Biele und die Kritik unserer Bewegung von besonderem Interesse war. Herr Bürgermeister Ebeling zu Meerane hat aber jetzt ein neues Versammlungsverbot erlassen, diesmal gegen den Genossen Rosenow, welches wir vollständig abdrucken, weil der Herr Bürgermeister sich darin bitterlich über den bösen „Vorwärts“ beklagt. Hier das Verbot:

Beschluß
des Stadtraths zu Meerane,
vom 25. Januar 1897.

Die am 23. für den 26. Januar d. J. vom Arbeiter-Bildungsverein im Saale des Thüringer Hofes anberaumte öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: Vortrag des Herrn Emil Rosenow aus Chemnitz über Thomas Münzer und die Zeit des deutschen „Bauernkrieges“ wird auf Grund von § 5 und § 12 des Gesetzes vom 22. November 1850 verboten.

Dem Redakteur Rosenow, welcher im vergangenen Jahre eine wegen Majestätsbeleidigung verhängte Gefängnisstrafe von drei Monaten verbüßt hat, ist der Aufenthalt in 11 Dorfgemeinden der königl. Amtshauptmannschaft Chemnitz untersagt worden, weil mit Rücksicht auf die Erfahrungen bei seinem öffentlichen Auftreten zu befürchten sei, daß ihm der Aufenthalt in besonderem Grade die Gelegenheit zur Wiederholung von verbotenen Reden darbietet und dadurch Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verursachen werde. Diese Ausweisung ist vom Redakteur Rosenow angefochten, aber sowohl von der königlichen Kreisamtsamtschaft zu Zwickau als auch von dem königlichen Ministerium des Innern bestätigt worden. Eine solche durch alle Instanzen durchgeführte Entscheidung, welche auf gesetzlicher Grundlage beruht, kann gewiß Anspruch auf Achtung erheben. Statt dessen ist sie aufs schärfste kritisiert, ja sogar in einem sogenannten sozialdemokratischen Blatte durch ein die Obrigkeit der Dorfgemeinden verhöhrendes Bild und mit Versen versehen, unter denen die Worte: „Die sächsischen Schädel fällt Hen und Stroh, das könnte entzündend der Rosenow“, besonders beleidigend sind. Ist schon an und für sich bei dem Auftreten der Führer der Sozialdemokratie, einer Partei, welche in dem Staate ihren geschworenen Feind und in seiner Vernichtung, in dem Umsturz aller staatlichen Verhältnisse ihr Parteiziel erblickt, politische Aufsicht notwendig, so ist dies um so mehr nötig bei einem Führer, dessen Aufenthalt in einer Anzahl Ortschaften als eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung angesehen wird. Den gewöhnlichen Versammlungen der hiesigen sozialdemokratischen Anhänger und den Neben auch auswärtiger Parteigenossen wird durchaus kein Hindernis in den Weg gelegt. Der der Sozialdemokratie angehörige Theil der Arbeiter hat volllaut Gelegenheit, sich öffentlich über Politik auszusprechen und seine Interessen zu beraten und zu verfolgen. Es wird nicht, wie man jüngst im Reichstage verkündigte, „mit zweierlei Maß“ gemessen. Die beleidigenden Artikel des „Vorwärts“ gelegentlich des Verbots der Weberschloßer, daß man sich das Hirn zerwärtet nach neuen Mitteln, um der Sozialdemokratie ein auszuweichen, sie wenigstens zu quälen, da man sie nicht besiegen könne und sich an ihr zu rächen, so lange man noch das Heft in der Hand habe, entbehren jeglicher Berechtigung. Wenn wir aber die Ueberzeugung haben, daß die Person des Redners und das Thema des Vortrags mit Sicherheit erwarten läßt, daß das Auftreten nur den Zweck hat, Verhöhnung zu stiften, durch Berufung auf die entstellte Vergangenheit die unverhüllt gezeigten staatsgefährdenden Zukunftsziele der Partei vorzubereiten, so wird die Berechtigung der Behörde als Vertreterin der öffentlichen Ordnung einzugreifen zur Pflicht, einen solchen Vortrag zu verbieten. Der Vortrag: „Thomas Münzer und die deutschen Bauernkriege“ ist ein seit langer Zeit beliebtes Thema,

um unter dem Vorwand der Verbreitung sichtsichtlicher Bildung aufreizend zu wirken.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände und besonders mit Rücksicht auf die Person des Referenten wird die Versammlung verboten.

Dr. Ebeling, Bürgermeister.

Zu diesem neuesten sächsischen Versammlungsverbot ist zunächst einmal nur ein einziger Grund vorhanden, der nach dem sächsischen Vereinsgesetz einem Redner das Sprechen unmöglich machen könnte und dies ist: die Verurteilung des Genossen Rosenow wegen Majestätsbeleidigung. Diese Verurteilung aber hat niemals stattgefunden; Genosse Rosenow ist unerschrocken wegen „Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen“ bestraft, nicht wegen Majestätsbeleidigung. Damit fällt also der einzige Schelgrund zum Verbote dieser Versammlung auch noch fort. Alles übrige hat, außer dem Thema, nichts mit der Versammlung zu thun, sondern ist eine Art Rechtfertigung auf unsere Angriffe und diejenigen unserer Genossen im Reichstage.

Die amtliche Bescheinigung des Herrn Bürgermeisters Dr. Ebeling, daß die Hiebe des „Vorwärts“ gefessen habe, wird durch seine Polemik gegen unser Blatt nicht abgeschwächt. Herrn Dr. Ebeling's Einwürfe gegen unsere Darstellung sind so schwach ausgefallen, daß es unnütze Arbeit verrichten hiesse, wollte man diese Polemik fortsetzen. Sollte aber Dr. Ebeling's Schaffen und sächsische Meisterschaft sich zu noch ausfalligeren Versammlungsverboten verleiten, so kann er sicher sein, daß seine Versammlungen in unserem Platze den weitesten Kreisen zugänglich gemacht werden.

Wieder ein „kleines“ Mittel. Im Anschluß an den sächsischen Landesverband landwirtschaftlicher Genossenschaften ist gestern die erste große Kornausgenossenschaft für das Königreich Sachsen mit dem Sitz in Ebnau gegründet worden. 82 Mitglieder sind derselben sofort beigetreten.

Das meinigische Ministerium hatte seinerzeit auf Beschwerde unferer Saalfelder Genossen entschieden, daß die von Magistrat und Landrath erlassenen Verbote des vorjährigen Maiestages unzulässig seien. Im meinigischen Landtag haben nun einige „Patrioten“ eine Interpellation angemeldet, um zu erfahren, aus welchen Gründen das Ministerium die Verbote aufgehoben hat.

Hamburg, 29. Januar. (Eigener Bericht.) In den Geschäftsräumen von Auer u. Co. wurde am Freitag eine Hausdurchsuchung nach dem Manuskript eines Artikels vorgenommen, der sich mit den Geschäftsunternehmungen des Königs der Belgier beschäftigt. Gegen den früheren verantwortlichen Redakteur des „Echo“, Stengel, der gegenwärtig 2 Monate Gefängnis verbüßt, ist auf Grund des § 103 des Str.-G.-B. ein Verfahren wegen Beleidigung des Königs der Belgier eingeleitet worden.

Unseres Wissens ist dies der erste Fall einer Anklage auf Grund des § 103 Str.-G.-B. Der Paragraph lautet bekanntlich: „Wer sich gegen den Landesherren oder den Regenten eines nicht zum Deutschen Reiche gehörenden Staats einer Beleidigung schuldig macht, wird mit Gefängnis von einer Woche bis zu zwei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft, sofern in diesem Staate dem Deutschen Reiche die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag der auswärtigen Regierung ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.“

Der König der Belgier muß zu den in Majestätsbeleidigungsprozessen freilich sehr bewährten deutschen Gerichten ein weit größeres Vertrauen haben als zu den Gerichten, die in seinem Namen Recht sprechen. In Belgien ist der König alljährlich Gegenstand der ärgsten Angriffe, ohne daß er es wagt, Prozesse anzustrengen.

Jedenfalls ist der Prozeß, der dem „Damb. Echo“ bevorsteht, einer der interessantesten, der der viel verfolgten sozialistischen Presse seit langem geblüht hat.

Oesterreich.

Der böhmische Landtag hat den Antrag betreffend die Einführung direkter Wahlen in den Landgemeinden mit dem Zusatzantrage aus, daß das Gesetz schon bei den gegenwärtigen Reichsraths-Wahlen Anwendung finden solle, in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Die Tapferkeit der böhmischen Landboten erhält aber durch die Mitteilung, die ein Prager Blatt gemacht, ein ganz sonderbares Gesicht. Nach dieser Quelle ist das Ganze ein abgekartetes Spiel und zwar zwischen Waden und dem Führer der deutschböhmischen Fortschrittler. Diese bringen den Antrag ein, der Antrag wird angenommen. Die Regierung lehnt es aber ab, ihn auszuführen. Schlusseffekt: Es bleibt alles beim alten. Die Fortschrittler aber sind ihren bisherigen Wählern gegenüber schon heraus.

Belgien.

Brüssel, 29. Januar. Senat. In Beantwortung einer Interpellation erklärt der Landwirtschaftsminister, die belgische Regierung habe als eine der ersten Vorsichtsmaßnahmen gegen die Einschleppung der Pest getroffen. Die Schiffe unterliegen in Antwerpen einer Quarantäne und die Reisenden müssen sich einer Desinfektion unterziehen. Besondere Vorsichtsmaßnahmen seien für Lumpen und ähnliche Sachen getroffen worden. Der Gesundheitszustand in Belgien sei in jeder Hinsicht ein ausgezeichneter.

Italien.

Die Räumung der erphtäischen Kolonie, die, wie gestern gemeldet wurde, von der italienischen Regierung beabsichtigt sein sollte, wird, wie nun aus Rom telegraphirt wird, nicht stattfinden. Dagegen melden „Daily News“ aus Rom, daß der Minister-rath beschloffen habe, Kassala zu räumen und die Pläne gänzlich zu zerstören, da die Ägypter Kassala vorläufig doch noch nicht besetzen können.

Niederlande.

Haag, 28. Januar. Die erste Kammer nahm mit 25 gegen 16 Stimmen das neue Zuckersteuer-Gesetz an, welches ein Niederlagen-System einführt und den Fabrikanten von Rübenzucker Ausfuhrvergütungen bewilligt. Die Ausfuhrvergütungen sollen für 1897/98 2 1/2 Millionen Gulden betragen und innerhalb 8 Jahre auf 1 700 000 Gulden herabgehen.

Rußland.

Zur Judenfrage. Russische Blätter veröffentlichen ein Rundschreiben der sibirischen Militärgouverneure an die Bezirke- und Polizeiverwaltungen, durch welches den Juden sogar der zeitweilige Aufenthalt innerhalb einer 100 werstigen Zone von der chinesischen Grenze verboten wird.

Türkei.

Konstantinopel. (Meldung über Philippopol.) Der Studienleiter der Kriegsschule, Brigadegeneral Tezil-Pascha ist ins Ausland geflüchtet.

Reichstag.

164. Sitzung vom 29. Januar 1897. 1 Uhr.
Am Tische des Bundesrats: v. Stephan, Graf Posadowsky und zahlreiche Kommissarien.
Die zweite Berathung des Reichshaushalts-Gesetzes für 1897/98 wird fortgesetzt und zwar beim Etat der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung in der Debatte über das Gehalt des Staatssekretärs.
Abg. Hoffe (natlib.): Wohl keine deutsche Stadt hat ein so großes Interesse an der Entwicklung des Post- und Telegraphenverkehrs wie Leipzig. So sehr die Leipziger daher Anerkennung empfinden für die Leistungen der Post in den siebziger Jahren, so bedauern sie doch, daß der Staatssekretär keinerlei Entgegenkommen zeigt bezüglich des Briefpostes, der Telegraphengebühren u. Die Handelskammer sind doch in erster Linie diejenigen, die hierbei vorgehen müssen, und wenn nicht mehr Eingaben gekommen sind, so liegt das an der bisherigen Erfolglosigkeit aller Bemühungen. Einverstanden sind wir mit der Aus-

dehnung der Sonntagsruhe, mit der Gewährung des Sommerurlaubs u. Aber eine Frage bedarf noch der Berücksichtigung, nämlich für die Unterbeamten sollten Dienstwohnungen errichtet werden, damit die Beamten nicht unter der großstädtischen Wohnungsnoth zu leiden haben. Redner kommt auf den Fall Borsdorf zurück, über den nach der Verhandlung im Reichstage in den Zeitungen Mittheilungen gebracht sind, die den Ausführungen des Staatssekretärs widersprechen. Es scheint nicht, daß gegen die betreffenden Beamten, welche diese Mittheilungen gemacht haben, disziplinarisch eingeschritten ist. Der Staatssekretär sollte doch darüber Aufklärung geben. Herr Borsdorf soll sich übrigens einer so großen Bevorzugung erfreuen, daß er den besten Platz auf der Journalistentribüne hat. Der Herr Präsident sollte doch dafür sorgen, daß eine solche Bevorzugung gerade dieses Herrn nicht stattfindet. Redner tritt für die Erhöhung des Briefgewichts auf 17 Gramm mindestens und ebenso für die Ermäßigung der Telegraphengebühren ein, die auch für das platte Land von Bedeutung sind. In Sachsen werde innerhalb 10 Jahren wohl jedes Dorf seine Fernsprecheinrichtung haben. Von einer schlechten Finanzlage kann nicht gesprochen werden. Neue Schulden für unproduktive Zwecke wollen wir nicht machen, aber produktive Anlagen sollte man nicht unterlassen. Ausgaben für Marine- und Militärzwecke sollte man entweder aus dem laufenden Mitteln decken, oder doch dafür keine ewigen Renten ausgeben. Der Postetat ist nicht recht durchsichtig; die Verwaltung wird sich dem nicht entziehen können, eine Uebersicht zu geben über den Vermögensstand und den buchmäßigen Werth der Betriebsanlagen.

Die Postverwaltung hätte dem vorzuarbeiten, daß ein mitteleuropäisches, einheitliches Wirtschaftsgebiet geschaffen wird. Der Vertrag mit Oesterreich sollte erweitert werden auf die Schweiz, Belgien und Niederlande, damit später auch ein einheitliches Zollgebiet entstehen kann. Der Abg. Müller-Sagan befürchtete, daß das neue Kabel nach Vigo den Kolonien zugute kommen solle. Ich hoffe das, denn hoffentlich werden die Kolonialunternehmungen in den nächsten Jahrzehnten eine wichtige Rolle spielen. England verdient an der Beförderung des internationalen Telegraphenverkehrs jährlich um 100 Millionen Mark. Deutschland sollte sich davon freimachen.

Abg. Bausi (Np.) stattet dem Staatssekretär des Reichspostamts den Dank des platten Landes ab für seine Berücksichtigung der Interessen derselben und empfiehlt die Nichterhebung des Zuschlages für außerhalb der Dienststunden ausgegebene Pakete, soweit dabei Anzeigen in Betracht kommen.

Abg. v. Leipziger (L) tritt diesen Ausführungen bei und widerspricht der Ausnahme von 9 in beiden auch zu produktiven Zwecken. Bei der großen Ausdehnung des Postnetzes müssen wir für das Reich eine erhebliche Ersparnis erzielen und dürfen nicht durch die Steigerung der Ausgaben und Schwächung der Einnahmen die Nebenschiffe vergrößern. Was an und den kleineren Orten. Aber auch trennen zwischen den größeren und kleineren Orten. Aber auch hier wird ein Ausfall von 6 Millionen berechnet, den man doch nicht durch Belastung der Steuerzahler decken kann. Der Posttarif wird trotz der besten Reform eine solche Summe nicht bringen können. Die Reform dieses Tarifes nach gesünderen Grundsätzen, nach den in den letzten Jahren durchgeführten Reformen, wünsche ich dringend.

Abg. Webel (Soz.): Wenn man von dieser Seite hier Anklagen und Beschwerden gegen einzelne Verwaltungsorgane vorbringt, dann ist man sehr leicht geneigt, das als sozialdemokratische Geschäftigkeit und Feindseligkeit anzusehen. Wenn es eine Partei gibt, die jederzeit anerkannt hat, daß gerade die Postverwaltung ein Institut ist, das die vollste Ergänzung zur Erweiterung dieser Einrichtungen herbeiführen sollte, so ist diese gerade die Sozialdemokratie. Wie war denn unsere Stellung seit Jahren gegenüber den Forderungen der Reichs-Postverwaltung in Bezug auf Neubauten? Um Gegenüber der Reichs-Postverwaltung sind gerade die Sozialdemokraten gesonnen zu allen übrigen Forderungen zu unterstützen, weil wir in nicht die postalische Kulturinstitut ersten Ranges sehen. Dagegen muß ich konstatieren, daß die Beschwerden, die auch gestern in mein Freund Singe vorgebracht hat, wenn auch vielleicht in einem anderen Tone, doch in der That auf anderen Seiten, des Hauses zum Ausdruck gelangten. Hier stimmen die Parteien diesem weit auseinander, in ihren Beschwerden überein und wissen, kann die Postverwaltung sie nicht ohne weiteres von der Hand weisen. Der Herr Staatssekretär sagte gestern, man könne machen, was man wolle — auf Dank könne man nicht rechnen. Nun, die Volkvertreter hat hier nicht eine Dankesbezeugung kund zu thun; sie hat vielmehr die kritische Sonde anzulegen und zu prüfen, ob Verbesserungen nun ausführen sind und dann ihre Forderungen zu richten. Es sind der gestern hier Forderungen geltend gemacht worden, über die bei in großen Mehrheit des Hauses volle Uebereinstimmung existirt, so im Bezug auf die Geltendmachung der Sonntagsruhe, die Urlaube, der Beamten und Unterbeamten, die Arbeitszeit der Beamten u. s. w. Aber von seiten der Postverwaltung wird bestritten, daß diese Forderungen und Klagen berechtigt sind. Der Herr Unterstaatssekretär hat uns bezüglich eines einzelnen Falles die Akten zur Einsicht gegeben, und ich habe mich überzeugt, daß der Postverwaltung des Eisenacher Postamts das Schema eingeschickt hat, nach dem die Sonntagsruhe gehandhabt wird. Daß solche Schemata existieren habe ich nicht bezweifelt, aber man sollte auch danach handeln. In übrigen ist mir von einer ganzen Reihe von Postbeamten, in den letzten Tagen wieder aus einer westdeutschen Stadt, solche Schemata in Abschrift eingeschickt worden; aber in diesen Schemata finden wir keine der Forderungen, die wir hier über Ueberschreitungen vor, ohne daß die abhängigen Beamten es wagen dürften, Opposition zu machen. Jahr für Jahr werden die Vertreter aller Parteien mit Beschwerden von Postbeamten nach dieser Richtung hin förmlich überschwenmt und es würde auf den Teil der Beamenschaft ein schlechtes Licht werfen, wenn diese Beschwerden unberechtigt wären. Aber ich habe das Vertrauen zu diesen Beamten, daß sie uns nicht anlägen, daß sie auf Grund ihrer Erfahrungen diese Beschwerden hier vorbringen und wenn immer wieder nach der gleichen Richtung die gleichen Beschwerden laut werden, müssen sie wohl berechtigt sein. Da wird uns z. B. aus Mannheim mitgeteilt, daß dort die Paketbesteller jeden Sonntag und Feiertag das ganze Jahr hindurch Pakete bestellen mußten bis 1/12, ja bis über 12 Uhr hinaus. Die Unterbeamten haben dort nur dann einen freien Sonntag, wenn sie 24 Stunden ununterbrochen von Sonnabend früh bis Sonntag früh im Dienste gewesen sind. Das kann doch nicht als freier Sonntag betrachtet werden, da der aus dem Dienst kommende Beamte mindestens sechs Stunden der Ruhe pflegen muß. Auch aus anderen Orten kommen ähnliche Klagen. So zum Beispiel eine aus Hannover, die sehr charakteristisch ist. Von dort schreibt mir ein Briefträger — der Mann existirt und ich kenne seinen Namen — daß er seit 10 Jahren noch keinen vollen freien Sonntag gehabt habe. Es ist eben gegenüber der immer steigenden Anforderungen an die Post ein Mangel an Beamten vorhanden. Der Herr Unterstaatssekretär hat gestern mit großer Emphase darauf hingewiesen, und Herr v. Leipziger hat es ihm heute nachgedeutet, daß davon keine Rede sein könne angesichts der Thatfache, daß allein in diesem Etat 5000 Beamte etatsmäßig ange stellt würden. Das ist ja sehr erfreulich, weil damit die Postverwaltung einem Verlangen nachgekommen ist, das der Reichstag schon seit Jahren an sie gestellt: daß die auf Kündigung angestellten Beamten nach einer bestimmten Dienstzeit auf feste Anstellung zu rechnen haben. Aber damit ist in Bezug auf Verteilung der Arbeit und Entlastung der Beamten absolut nichts gethan. Ob es Beamte sind, die im Kündigungsverhältnis stehen oder solche, die fest angestellt sind — dieselbe Arbeit muß ja doch von derselben Zahl von Beamten nach wie vor gethan werden. Angesichts des fortgesetzt steigenden Verkehrs muß die Postverwaltung in jedem Jahr eine ganze Reihe neuer Stellen schaffen. Aber die Anstellung neuer Arbeits- und Hilfskräfte steigt nicht in dem Maße wie die Arbeitslast, die immer größer wird. Jetzt wird, obgleich die Arbeitszeit für Unterbeamte 70 Stunden betragen soll, auch diese überschritten, und die Leute arbeiten nicht 10, sondern 12, 14, selbst 15 Stunden täglich. Von den Postämtern wird aus Sparsamkeits-

rücklichten alles aufgegeben, um die Anstellung neuer Beamter zu umgehen. Dadurch werden die zur Verfügung stehenden und zu geringen Arbeitskräfte bis aufs äußerste ausgenutzt.

Bei der Reichs-Postverwaltung existirt eben fortwährend das Bestreben, die Ueberschüsse, wenn sie auch von Jahr zu Jahr steigen, möglichst unverkürzt an die Reichskasse abzuführen, wo sie dann anderen Zwecken zur Verfügung gestellt werden. Daß bei solchen Bestrebungen Ueberschüsse eintreten müssen, und daß selbstverständlich die Herren von der Postverwaltung an der obersten Stelle nicht überall dabei sein können, nicht überall zu kontrolliren und nachzusehen vermögen, scheint mir ziemlich zweifellos zu sein. Dasselbe ist ja auch mit den sogenannten Urlaubsbewilligungen der Fall. Es wird ja dankbar anerkannt, daß jetzt auch die Unterbeamten das formale Recht besitzen, alljährlich einen kurzen Urlaub zu beanspruchen. Wenn es ihnen nur nicht darauf verkürzt würde, daß sie für einen Stellvertreter sorgen und ihn nicht selten auch bezahlen müssen! Da der Urlaub schon Mehrausgaben mit sich bringt und eventuell auch noch der Ersatzmann zu bezahlen ist, ist es bei den doch gerade nicht allzureichlich bemessenen Gehältern begreiflich, daß von dem formalen Recht in vielen Fällen kein Gebrauch gemacht werden kann. Auch bezüglich der schlechten Behandlung, die die Unterbeamten von Seiten der höheren Beamten erfahren, wird viel geklagt. Die Oberleitung der Postverwaltung sollte einmal auf diesem Punkte ihr Augenmerk zuwenden und hier Abhilfe schaffen.

Der Herr Unterstaatssekretär Fischer hat sich gestern bemüht, die Art und Weise des Ober-Postdirektors in Karlsruhe in dem Schreiben an seine Unterbeamten gewissermaßen zu rechtfertigen. Der Mann soll gereizt worden sein. Gewiß konnte er über ein Schreiben mit dem Namen Servilitas, das deutlich auf gewisse Stellen abzielte, entrüstet sein. Aber von diesem bis zu dem Zirkular, in dem er sich so schwer beleidigend ausdrückt, ist doch ein großer Schritt. Ich habe eigentlich von dem Anstandsgefühl der Herren von der Oberleitung das Vertrauen, daß sie sich niemals hinarbeiten lassen, solche Zirkulare zu verfassen, wie das von Karlsruhe. Ich hätte gemeint, daß der Herr Unterstaatssekretär seine Mißbilligung über diesen Ton hätte aussprechen sollen neben seiner Erklärung, wie ein solches Zirkular zu stande kam. Geschicht das nicht, dann wird gegebenenfalls ein ähnlicher Ton wieder angeschlagen werden, und das möchte doch böse Folgen haben.

Ich bin im höchsten Grade erstaunt, wie der Herr Unterstaatssekretär über den Vorgang in Bezug auf den Mittmeister v. Auerswald hinweggegangen ist. (Sehr richtig! links.) Er sagte nur, die Behandlung aller Telephonbenutzer sei nach den Vorschriften eine gleiche. Von verletzten Vorschriften hat aber gestern der Abg. Singer nicht gesprochen, er hat nur auf Grund jener Gerichtsverhandlung hingewiesen auf die Anordnungen des Vorstehers des betreffenden Telephonamts, daß Herr v. Auerswald, oder sonst ein Mitglied des Unionklubs, vor allen anderen Telephonbenutzern zuerst berücksichtigt werden sollten. Das steht gerichtlich fest auf Grund der Aussagen der beiden Telephonisten, und der des Herrn v. Auerswald selbst, der erklärte, daß aus der Mitte des Unionklubs, in erster Linie durch den Herzog von Ratibor Beschwerde geführt sei, weil man ungebührlich lange hätte warten müssen. Das ganze Verfahren der Herren ist doch äußerst seltsam. Wie kommt die Postverwaltung dazu, solche Beschwerden ohne weiteres zu berücksichtigen? Daß die rolle Klappe angebracht wurde, hat der Unterstaatssekretär nicht bestritten, er hat darüber geschwiegen. Sie wird auch nicht zu streiten sein, weil sie thatsächlich angebracht wurde, damit die Beamten sofort wüßten, wer zu sprechen wünsche. Das Entscheidende ist aber, daß diese Herren die bevorzugte Stellung, die sie am Hofe einnehmen, glauben benutzen zu können, um mit Uebergehung aller Instanzen direkt beim Kaiser auf Abhilfe dringen zu können. Ja, sind wir denn in einem absoluten Staate? (Sehr recht!) Hat denn irgend einer, und sei es selbst der Kaiser, das Recht, ohne weiteres derartige Beschwerden anzunehmen und dafür zu sorgen, daß diese Herren, die ihre bevorzugte Stellung missbrauchen, auch sofort berücksichtigt werden, ohne Frage darnach, ob die Beschwerde gerechtfertigt war oder nicht? Von dem Vorsteher des Telephonamts wundert es mich nicht, daß er alles aufbot, um den Wünschen der Herren Rechnung zu tragen. Taus aber die Verwaltung dem entgegenkommt, daß sie es in der Ordnung findet, wenn jene Herren ihre Stellung missbrauchen und sich mit Umgehung des Instanzenzuges beschweren, das müssen wir entschieden mißbilligen. Diese Herren wüßten doch die Vorschriften über die Instanzen in der Armee kennen gelernt haben; sie betrachten aber den Staat als eine Art Domäne für ihre eigenen gesellschaftlichen Zwecke, wo man ihren Wünschen Rechnung tragen müsse. Worin unterscheiden wir uns noch von dem absoluten Staate vor 100 Jahren, dem ancien régime? Dieselben Zustände kehren wieder; dagegen müssen wir uns als Volkstretreter wehren. Herr Hammacher meinte gestern, man dürfe hier nicht in beleidigender Weise gegen Personen außerhalb des Hauses vorgehen. Aber wir haben das Recht und die Pflicht der Kritik, und wenn jemand als Schelm handelt, so muß ich als Volkstretreter ihn Schelm nennen können. Gerade um die Personen und Dinge im rechten Lichte zu zeigen, haben wir die Immunität; wir haben sie nicht bekommen, um sie nicht zu benutzen, sondern um sie im Interesse des Staates und der Gesamtheit zu benutzen, auch gegenüber jenen hochgestellten Herren, die sich immer auf ihr Ehrgefühl berufen, bei denen aber immer die wahre Natur wieder zum Vorschein kommt. Diese überläufige Pflicht erinnert mich an das französische Sprichwort: Grattoz les Russes, vous reverrez les Tartares. (Kratzen Sie den Russen und Sie finden den Tartaren). Wenn die Herren immer auf ihr Ehrgefühl Rücksicht genommen haben wollen, so müssen sie auch danach handeln; einen ehrbaren Mann werden wir aber niemals angreifen, nur solche Leute, die ihre bevorzugte Stellung missbrauchen; geschieht dies von keiner anderen Seite des Hauses, dann werden wir es thun.

Eine andere Sache. Die Post- und Telegraphenverwaltung nimmt für sich das Recht in Anspruch, Telegramme und Postkarten, die einen ungebührlichen, staatsgefährlichen Inhalt haben, nicht zu befördern. Aber da wird auch zweierlei Maß gehandhabt. Meine Freunde und ich bekommen oft Briefe und Karten mit dem beleidigendsten Inhalt. Ich klage nicht darüber, ich amüsiere mich. Ich sage mir, da hat doch deine Rede geoffen, ich bin zufrieden. Aber auffällig ist doch, daß uns solche beleidigenden Karten zugehen. In anderen Fällen verfährt man ganz anders. In Bezug auf Telegramme wird oft mit großem Rigorismus Zensur geübt. So ist ein Telegramm über den Hamburger Hafenstreik an die hiesige Volkszeitung nicht befördert worden, weil darin der Ausdruck vorlag: „Kampf auf Messer“. Das hat den Beamten eine Art Grauen eingegeben, und es wurde vom Postamt zurückbefördert mit der Mittheilung, daß es wegen seines gemeingefährlichen aufreizenden Inhalts nicht zur Beförderung zuzulassen sei. Wie kommt man dazu, ein solches Telegramm zu beanstanden; der Ausdruck „Kampf auf Messer“ war, wie aus dem obigen Inhalt hervorgeht, nur bildlich gebraucht, wie er im Wahlkampf von allen Parteien benutzt wird. Ja, gegen die Socialdemokratie „Kampf auf Messer“ — damit sind alle unsere Gegner einverstanden! Das Telegramm hatte also nichts Verhängliches. Dagegen sind aber viele Telegramme verbreitet worden, in denen, der Wahrheit zuwider, den Streikenden Gewaltthätigkeiten in die Schuhe geschoben wurden, auch Zusammenrottungen, die erst durch ein starkes Polizei-Aufgebot auseinander getrieben waren. Das hat sich alles als unwar erwieien, und doch war es geeignet, große Beunruhigung hervorzurufen, wenigstens auf unserer Seite, die wir den Ausstand materiell und moralisch unterstützt haben, und es war geeignet, auch auf uns ein böses Licht zu werfen. Sobald eben auf die eine Seite, die nichts zu sagen hat, die Steine geworfen werden, da giebt es keine Zensur, mögen die Angriffe noch so gemein sein, aber umgekehrt wird ein ganz anderer Maßstab angelegt; auch wieder ein Beweis auf diesem Gebiete: Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe. Wenn eine Zensur sein soll, muß sie auch nach beiden Seiten hin geübt werden. Aber ich bin im Zweifel, ob ich der Postverwaltung eine Zensur zugeben soll;

die ist nur eine Dienerin des Publikums; sie mag ruhig abwarten, daß der Staatsanwalt den betreffenden Aufgeber festnimmt; die Post mag dazu beitragen, indem sie konstatirt, von wem sie das Telegramm bekommen hat. Sobald sich jemand durch den Inhalt einer Postkarte beleidigt fühlt, mag er seinerseits den Absender anklagen. Ich bestreite entschieden der Post das Recht, nicht alles zu befördern, was ihr übergeben wird, — ausgenommen vielleicht Explosionsstoffe — ich bestreite ihr, daß sie Zensur übt und nach Belieben mit den ihr übergebenen Sendungen umgeht. Sonst kommt die Post in eine schiefe Lage, wird Zensurbehörde, wird als solche partiell und muß sich Angriffe gefallen lassen, wie sie hier gegen sie gerichtet werden.

Ich möchte noch mit einem Wort über die von vielen Seiten angeregten Erleichterungen sprechen. In den Verhandlungen spielen eine große Rolle die täglichen 10 Millionen, die durch gewisse Erleichterungen im Telephonverkehr, durch Erhöhung des einfachen Briefgewichts von 15 auf 20 Gramm u. s. w. verloren gehen sollen. Das sind lauter Forderungen, die im Interesse des Verkehrs notwendig sind. Ich habe gestern nur gehört, daß der Herr Staatssekretär 6 Millionen herausgerechnet hat; die übrigen 4 Millionen bezogen sich, wenn ich richtig verstanden habe, auf Anschaffungskosten für die Leitung. (Zuruf.) So habe ich es verstanden, ich kann ja auch irren; nun, ob 4 oder 6 Millionen ist ja in der Hauptsache meines Erachtens gleich. Ich glaube, daß ein großer Theil der Einnahmen, die angeblich verlorengehen sollen, auf die amtlichen Briefe entfällt. Gerade die verschiedenen Behörden betheiligen sich stark an den Briefen zwischen 15 und 20 Gramm. Was wird da groß übrig bleiben? Damit schwindet die Konzession, die Sie für das große Publikum machen wollen, schon sehr zusammen. Wie können Sie sich aber gegen eine solche Reform sträuben, die in anderen Staaten bereits eingeführt ist? In Oesterreich z. B. gilt heute der Satz von 20 Gramm für einen einfachen Brief bei einfachem Porto. 5 Kreuzer Porto ist obendrein weniger als 10 Pfennige. In der Schweiz gar werden in einer Stadt wie Zürich, deren Gebiet größer ist als Berlin, Briefe bis 250 Gramm zu 5 Centimes, das ist 4 Pfennig befördert. Angesichts dieser Thatfache kann die deutsche Postverwaltung die Erhöhung des Briefgewichts auf 20 Gramm nicht ein gewagtes Experiment nennen. Wenn in Berlin und in einer ganzen Reihe anderer Städte sich neben der Reichspost Privatposten etablieren, die bedeutend billiger Briefe befördern und der Herr Staatssekretär dagegen nichts einzuwenden hat, wie er sagte, so sollte er doch seinen Einfluß darauf verwenden, daß auch die Privatgesellschaften dieselben Privilegien eingeräumt bekommen, wie die Reichspost. (Sehr richtig!) Die Privilegien der Post würden gar keinen Zweck haben, wenn sie nicht mehr die Bedürfnisse dieses Verkehrs am billigsten und zweckmäßigsten ordneten. Dann muß man für die freie Konkurrenz eintreten, wie sie in Berlin und anderen Städten besteht.

Der Staatssekretär wacht aber mit ungläublicher Eifersucht darüber, daß ihm niemand ins Gehege kommt. Er klagt seit Jahren, daß die Zeitungsbeförderung für die Post ein sehr unrentables Geschäft sei. In der letzten Instanz schwebt ein Projekt, wo von Seiten der Postverwaltung gegen einen Zeitungsinhaber Klage erhoben worden ist, weil der betreffende seit einem Jahre seine Zeitung in der nächsten Nachbarschaft so vertriebt, daß angeblich die Privilegien der Post dadurch verletzt werden. Der Zeitungsinhaber ist von dem Gerichte verurtheilt worden, 4000 oder 6000 M. Strafe zu zahlen für das entzogene Porto, und das Reichsgericht hat nun zu entscheiden, ob die Strafe mit den Gesetzen im Einklang steht oder nicht. Der Staatssekretär verkündet mit großer Genugthuung die Urtheile, die für die Steigerung des Verkehrs sprechen. Ich mißgönn ihm diese Freude nicht, das ist aber nicht seine Schuld und sein Verdienst, sondern es liegt an den allgemeinen Verkehrs- und Produktionsbedingungen unserer Gesellschaft. Diesen entsprechend müssen aber auch die erforderlichen Formen eingeführt werden.

Herr Hammacher hat unrecht, daß das Deutsche Reich oder Herr v. Stephan die Postkarte zuerst eingeführt hat. Freilich nicht, dann ist z. B. die Postkarte, die wir seit 1867 etwa haben, vordem schon in Oesterreich eingeführt worden. (Sehr richtig!) Das einheitliche Porto von 10 Pf. hatte England früher bereits, auch Oesterreich vor uns. Das waren nicht Erfindungen der Leiter unserer Postverwaltung, nein, sie hatten bereits in anderen Staaten Boden gefaßt und sind dann erst bei uns eingeführt worden. Die deutsche Postverwaltung sollte einmal nicht auf das Beispiel anderer Staaten warten, sondern aus eigener Initiative vorgehen. Die Telephongebühren in der Schweiz sind erheblich niedriger als bei uns. Die fiskalischen Gesichtspunkte müssen beseitigt werden; die Post arbeitet nicht mehr für sich, sondern für den Militär- und Marineklub und für das Verkehrsinteresse bleibt nichts übrig, obwohl wir nach einem Auspruch im Zeichen des Verkehrs stehen. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichs-Postamt Schaffner: Es ist eine alte Erfahrung der Telephonie, daß sie sehr nervös macht; diese Nervosität ist gewachsen, seitdem das Publikum selbst an die Apparate herankommt. Es giebt geduldige und grobe Menschen und man warnt ja wohl auch jemanden vor einem Menschen, der sehr geneigt ist, zu explodiren. (Weiterkeit.) Im Fernsprechverkehr fehlt der mildende Einbruch des Auges. Es ist die Gewohnheit im Fernsprechverkehr eingetreten, vor Leuten zu warnen, die Kratzer sind. Man ist ohne jede Vorsicht dazu übergegangen, ein kleines Zeichen an der Klappe zu machen. Ob dieses Zeichen eine Begünstigung ist, (Weiterkeit) das frage ich Sie alle. Ganz so liegt der Fall; der betreffende Herr ist als Kratzer bekannt gewesen, er ist ja auch zu einer erheblichen Geldstrafe verurtheilt worden. Wie eine derartige Erklärung hat entstehen können, daß Beschwerden an die allerhöchste Stelle gegangen sind, kann ich mir nicht erklären. Davon ist nichts richtig. Die Prüfung des Inhalts von Telegrammen beruht auf den Bestimmungen des internationalen Verkehrs und der Telegraphenordnung für das Deutsche Reich. Wenn das Postamt in Hamburg ein Telegramm beanstandet hat wegen des Ausdrucks „Kampf auf Messer“, so kann das nicht getadelt werden, denn solche Ausdrücke sind gefährlicher als Explosionsstoffe. (Weiterkeit.)

Abg. Förster-Neuhettin (Reform.) verwahrt sich dagegen, daß sein Freund Werner durch die Vorbringung von Einzelbeschwerden die Würde des Reichstages verletzt habe. Die Würde des Reichstages ist auf andere Weise in greulichster Weise verletzt, das könnte man beweisen, wenn man in die Gründerzeit zurückgehen wollte. Durch gute Worte sollte sich der Reichstag von der Aufrechterhaltung seines Rechtes nicht abhalten lassen. Die Einführung der Tagesgelde und der Freisahrt, die Regelung des Vereinswesens sollte man ebenso dringend und mit den schärfsten Mitteln fordern, wie die Erfüllung der Wünsche, die wir in Bezug auf die Postverwaltung haben. Bezüglich der Beurteilungen der Beamten befolgen die Oberpostdirektionen nicht die Vorschriften, die das Reichspostamt erlassen hat. Wenn wir ehrlichen Willen beweisen und auch etwas erreichen — denn bezüglich des Braunschweiger Oberpostdirektors hat ja Herr v. Stephan die Beschwerden meines Freundes Werner anerkannt — dann sollte man uns auch dankbar sein. Durch die Resolutionen und Anträge bezüglich der Aufbesserung der Gehälter der Postbeamten, bezüglich der besseren Regelung der Verhältnisse der Assistenten u. s. hat der Reichstag nichts erreicht. Bezüglich der geforderten Erleichterungen des Verkehrs gilt allmählig das Wort: Immer langsam voran, daß unsere Landwehre nachkommen kann. Einnahme-Ausfälle werden höchstens vorübergehend entstehen; denn Verkehrsveränderungen bringen immer Steigerung des Verkehrs. Bei der Ermäßigung der Telephongebühren sollte man nicht unterscheiden zwischen den größeren und kleineren Städten. Will man Ersparungen machen, dann sollte man dies bei den Dienstgebäuden thun. Die Postleuten sollten nach ihrer Würdigkeit angenommen werden, nicht nach der Stellung ihrer Eltern. Die Kinder von Post-Unterbeamten sollen nicht angenommen werden. Bezüglich der mittleren und unteren Postbeamten sollte eine Aufbesserung der Gehälter erfolgen. Das Gratifikationswesen sollte vollständig beseitigt werden. Nebenher verlangt für die Militärämtern die Anrechnung ihres Probejahres bei der Berechnung der Dienstzeit, wie das früher geschah. Nebenher bemängelt, daß die Sonntagsruhe, namentlich auch für die Landbriefträger, noch nicht durchgeführt sei. Die

Telegraphistinnen erreichen ihr Höchstgehalt von 1500 M. nicht, weil sie nicht so lange im Dienste bleiben. Die Telephonistinnen werden schon nach 10 Jahren angestellt; die Telegraphistinnen aber müssen länger warten. Die Sonntagsruhe im Fernsprechverkehr sei noch ziemlich unvollständig. Wenn man auf die nervösen Leute im Telephonverkehr solche Rücksicht nimmt, dann wird die rolle Klappe sich schnell vermehren. Die Frage, ob der preussische Erlaß wegen Verbots der Unterscheidung von Petitionen gegen die Regierung für die Reichs-Postbeamten mißbillig wiederholt ist, ist nicht beantwortet worden. Daß den Postbeamten nicht verboten ist, dem Assistentenverband beizutreten, scheint mir nicht zu stimmen. Die Eingaben der Beamten darüber besagen etwas anderes.

Unterstaatssekretär Dr. Fischer: Die Vorschriften über die Anrechnung des Probejahres bei Militärämtern können nicht zu große Bedenken werden bei den Dienstalterszulagen. Denn diese Dienstalterszulagen beginnen von der etatsmäßigen Anstellung an. Es wird den Militärämtern also kein Unrecht zugefügt. Der Prozeß eines betheiligten Beamten ist in erster Instanz zu seinem Gunsten, in zweiter Instanz aber zu gunsten der Verwaltung entschieden worden. Solange der Prozeß schwebt, können wir von unserer Auffassung nicht zurücktreten.

Abg. Müller-Sagan (rs. Sp.): Herr Sany hat gestern einen Gegensatz zwischen mir und meinen Parteifreunden konstruirt bezüglich des Postzeitungsstarifs. Ein solcher Gegensatz besteht aber durchaus nicht. Die Einnahmen und Ausgaben der Post aus dem Zeitungsverkehr stehen in keinem richtigen Verhältnis. Die Einnahmen und Ausgaben der Post aus dem Zeitungsverkehr haben sich von 1877 ab nur um 82 pCt. gesteigert, während die Beförderung von Zeitungen von 314 1/2 auf 822 Millionen Nummern gestiegen ist, also um 161 pCt., und die Ausgaben für die Post haben sich sogar um 395 pCt. vermehrt. Bezüglich der Erhöhung des Gewichtes der einfachen Briefe möchte festgestellt werden, wieviel Briefe zwischen 15 und 20 Gramm befördert werden; da wird sich kein Einnahmeverlust von 4 Millionen Mark ergeben. Wenn die Postverwaltung das Telephonwesen monopolisirt, dann müßte sie sich auch der Pflicht bewußt werden, daß sie für die Bedürfnisse des Publikums zu sorgen hat.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Abg. Förster-Neuhettin hat behauptet, daß durch die Dienstalterszulagen der Reichsfinanz Millionen erspart habe. Ich werde bei den Besoldungen darauf ausdrücklich eingehen. Bezüglich der Reichs-Postverwaltung liegt die Sache so: Nach dem Stellen-Zulage-system wurden die neuen Stellen mit dem Durchschnittsgehalt eingerichtet, während die Beamten das niedrigste Gehalt erhielten. Es blieb also reichlich Geld zur Verfügung für die Stellenzulagen. Nach dem Dienstalters-Zulage-system gab die Post aber 162 000 M. mehr aus als nach dem Stellen-Zulage-system. Das nähere behalte ich mir vor.

Abg. Bachnick (rs. Sp.): Die Zensur der Telegramme hat die Verwaltung vergeblich zu verteidigen gesucht. Aber wenn die Verkehrsverleicherungen nicht durchgeführt werden, dann nimmt der Telephonverkehr ab und damit auch die Einnahme aus demselben. Den Wünschen der Mehrheit des Reichstages bezüglich der Beschränkung des Sonntags-Paketverkehrs möchte ich mich aber nicht anschließen. Redner empfiehlt die Abschaffung des Strafpontos, behält sich aber sein Urtheil über den Postzeitungsstarif vor; das bestehende Mißverhältnis zwischen den Leistungen der Post und dem Tarif müsse beseitigt werden.

Abg. Singer (Soz.): Wenn die Postbeamten nicht alle ihre Menschenwürde aufgeben wollen, weil sie in ihrer Uniform stecken, dann hat der Vorredner recht, gegen eine Beschränkung des Sonntags-Paketverkehrs zu sprechen. Aber die Sonntagsruhe muß den Postbeamten werden, auch wenn dadurch einzelne Interessen verletzt werden, und Herr Bachnick am Sonntag einmal die nöthige geistige Nahrung in der Form von Zeitungen u. s. w. nicht erhält. Die Postverwaltung hat bestätigt, daß eine besondere Behandlung gewisser Fernsprech-Theilnehmer stattfindet, wenn auch die Verwaltung darüber keine Anordnung getroffen hat. Die Postverwaltung sollte eine solche Bevorzugung sofort aufheben, damit jede Ungleichheit beseitigt wird. Ueber die Mittheilung des preussischen Erlasses an die Postbeamten hat sich die Postverwaltung ausgesprochen. Eine Beantwortung ist auch nicht mehr nöthig; ich habe inzwischen die Abschrift des Erlasses bekommen. (Weiterkeit.) Der Erlaß ist als ein vertraulicher bezeichnet, ist eigenhändig an die Ober-Postdirektoren gegangen mit der Anweisung, nicht durch allgemeine Verfügung, sondern mündlich den Beamten davon Kenntniß zu geben. Darin liegt das Anerkenntnis, daß die Sache möglichst unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geschehen soll. Das Gerücht der Postverwaltung schließlich nicht zur Schande, der Erlaß beeinträchtigt die staatsbürgerlichen Rechte der Postbeamten. Herr v. Stephan, den ich als Vertreter der verbündeten Regierungen betrachte, bedauere ich aufrichtig, daß er sich zum Sprachrohr der verbündeten Regierungen hat machen lassen müssen. Die Beamten werden dadurch zu willenlosen Werkzeugen ihrer Vorgesetzten, ein solcher Zustand muß sich bitter rächen in der Abnahme der Arbeitsfreudigkeit der Beamten. Als 1881 der verstorbene Abg. Berger-Witten eine ähnliche Verfügung eines Oberpost-Direktors im Reichstage zur Sprache brachte, erklärte der Geheim-Oberposttrah Wiesner, daß die Zentralverwaltung keine Anweisung dazu gegeben habe. Seitdem hat sich die Postverwaltung so heruntergearbeitet, daß sie ihren Beamten verbietet, sich an Petitionen und Versammlungen zu betheiligen. Das ist das Recht einer 16jährigen Verwaltung, wozu wir uns nicht beglückenwünschen können. Von allem, was ich gestern vorgebracht habe, ist nichts widerlegt worden.

Unterstaatssekretär Dr. Fischer: Ich bin der Meinung, daß meine Ausführungen eine vollkommene Widerlegung der Anschuldigungen des Vorredners waren, namentlich bezüglich der finanziellen Mißmacherei der Postverwaltung. Die Zahl der im Reichspostdienst beschäftigten Personen wächst jährlich um 6000. Ein Widerspruch zwischen meinen Erklärungen und denen meines Kollegen Schaffner über den Fernsprechdienst liegt nicht vor. Eine Bevorzugung im Fernsprechdienst hat mein Kollege nicht zugegeben. Er hat nur mitgetheilt, daß die Teilnehmer, die Kratzer machen, bekannt und gekennzeichnet sind, nicht um sie zu bevorzugen. (Widerspruch links), sondern um durch Zuziehung von Zeugen die Beamten vor Beleidigungen zu schützen. Ich weiß nicht, wie ich die Beamten davon abhalten soll, sich solche Persönlichkeiten zu merken und mit Vorsicht zu behandeln. Nur infolge eines groben Vertrauensmißbrauchs kann das Aktienstück betreffend den Erlaß der preussischen Regierung in andere Hände gelangt sein als in die, für welche es bestimmt war. Das Reichspostamt muß es deshalb ablehnen, in eine Erörterung darüber einzutreten (Widerspruch links), und ich muß es daher ablehnen, auf die Folgerungen einzugehen, die der Vorredner daraus gezogen hat. (Weisfall rechts.)

Abg. Bech (rs. Sp.) bedauert, daß aus finanziellen Rücksichten die Verkehrsverleicherungen auf dem Gebiete der Post nicht vorwärts kommen; auf diesem Gebiete sei ein Stillstand dem Rückgange gleich. Das Sparsystem des Fiskus zeigt sich überall. Die bayerischen Rückfahrkarten, auf 10 Tage gültig, sind in Preußen nicht eingeführt. Nebenher erzählt, daß er auf der Fahrt zwei Stunden zwischen zwei Waghöfen in Leipzig habe liegen müssen, weil keine Heiseremaschine da war. (Weiterkeit.) Zuruf: Post! Die Post mußte ebenfalls liegen bleiben. (Große Weiterkeit.) Man muß also sagen: Immer langsam voran, daß die preussische Landwehre nachkommen kann.

Um 5 1/2 Uhr wird die weitere Verathung auf Sonnabend 12 Uhr verlag.

Parlamentarisches.

In der letzten Sitzung des Bundesrathes wurde die vom Reichstag zur Petitionen wegen der Sonntagsruhe gefaßte Resolution dem Reichskanzler überwiesen. Die Zustimmung wurde erteilt; dem Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes über die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnens und der Zivilprozeß-Ordnung, dem Entwurf einer Verordnung betreffend die Gerichtsbarkeit der deutschen Konsula in Egypten, sowie verschiedenen seitens der zu-

Briefe von Ihnen vor, die doch ganz richtig geschrieben sind. — Zeuge: Ich weiß nicht mehr, ob ich die Abschrift aus der Urchrift genommen habe. Wenn mir etwas so fest im Gedächtnis steht, dann kann ich es auch niederschreiben, ohne Einblick in das Original zu nehmen. — Präsi.: Frau Pastor Witte hat doch in der ersten Instanz ausgesagt, daß Sie ihr sogar das Original des Briefes gezeigt haben und Sie sogar Einsicht davon genommen habe. — Zeuge: Ja, ich weiß wirklich kein Sterbenswort mehr davon. Ich weiß nur noch, daß ich eines Tages vom Missionsdirektor Wangemann einen Brief erhielt, ich möchte mal zu ihm kommen. Als ich bei ihm war, fragte er mich, ob ich nicht einen Brief vom Hofprediger Stöcker besäße, der die Streitsache zwischen ihm und Pfarrer Witte betreffe. Er möchte den Brief gern haben, um zu sehen, ob er die Wahrheit enthalte. Ich sagte ihm, daß ich nach Hause gehen wolle, um den Brief zu holen, den ich ihm gern überlassen wolle, da ich doch keinen Gebrauch davon mache. Als ich dies auch meiner Frau sagte, meinte sie: „Nein, gib den Brief nicht fort, er hat mehr Werth für Dich, wie für andere Leute.“ Darauf habe ich ihm den Brief nicht gegeben. — R. A. Käsel befragt, sämtliche Briefe, die vom Zeugen Grüneberg an Stöcker gerichtet wurden, zu verlesen. Ferner beantragt er, einen Arzt aus der Charité zur Verhandlung herbeizuziehen. Es solle nämlich bewiesen werden, daß die zögernde Art und Weise, in welcher der Zeuge Grüneberg alle an ihn gerichteten Fragen beantwortete, eine gefälschte sei. Ein gleiches Verfahren habe Grüneberg früher beobachtet. Auf die Fragen des Präsidenten erklärt der Zeuge Grüneberg, daß er im Jahre 1881 wegen einer Erkrankung in der Charité behandelt worden sei. Er liege in seiner Familie, sein Vater und sein Bruder seien ebenfalls in Geisteskrankheit verstorben. Er müsse dabei bleiben, daß er von den Einzelheiten in betreff des Briefes keinen Aufschluß mehr geben könne. Es gelangt darauf eine ganze Anzahl Briefe zur Verlesung, welche vom Beklagten Stöcker dem Gerichtshofe überreicht werden und die von Grüneberg an ihn gerichtet sind. Im Anschluß daran werden Briefe verlesen, die Grüneberg an Witte geschrieben hat und die in dessen Broschüren veröffentlicht worden sind.

Die Briefe

geben ein seltsames Bild von dem Charakter des Zeugen Grüneberg. In den an Stöcker geschriebenen Briefen schlägt er einmal einen sehr energischen Ton gegen den Hofprediger an, er verbittet sich nachdrücklich, daß dieser ihn als ungläubwürdigen Menschen hinstelle. Dann kommen wieder Briefe, die vollgepfiffen sind mit religiösen Phrasen, mit Verweisungen auf den Peinlichkeitsstand, dann aber doch wieder Andeutungen über Beweismaterial, welches er noch in Händen habe, enthalten, dem Hofprediger schmeicheln, ihn um Unterstützung angehen u. s. w. Dies alles ungefähr um dieselbe Zeit, wo er bei Witte war und dort den fraglichen Brief Stöcker's produziert hatte. In anderen Briefen sind die heftigsten Angriffe gegen den Pfarrer Witte und dessen Ehefrau enthalten und alles mögliche davon erzählt, was Pfarrer Witte bei seinen Unterhandlungen mit ihm über Stöcker und andere Personen gesagt habe. Der Präsident hält es für zweifellos, daß der Zeuge Grüneberg ein falsches Spiel getrieben hat. Es wird noch festgestellt, daß Grüneberg im Jahre 1881 wegen wissenschaftlicher Unschuldigung zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt wurde. Auch damals hatte er den Einwand der Geisteskrankheit erhoben, Medizinalrath Dr. Wolff aber begutachtet, daß er simulierte. — Der Zeuge Grüneberg erklärt hierzu, daß dies eine große Beleidigung für ihn sei.

Zur Verlesung gelangt ferner ein Brief des Missionsdirektors Wangemann an Stöcker vom 7. Juni 1889. Aus dem Briefe ergibt sich, daß Stöcker Wangemann beauftragt hatte, den fraglichen Brief von 1878 von Grüneberg herauszubekommen. Wangemann schreibt nun an Stöcker, daß Grüneberg, der noch Achtung vor Stöcker zu haben scheint, zwar den Brief nicht herausgeben wolle, jedoch andererseits versprochen habe, den Brief nicht gegen Stöcker zu missbrauchen. — Stöcker: Ich wollte doch endlich einmal Klarheit darüber erhalten, welche Bewandnis es eigentlich mit dem angeblichen Briefe habe und deshalb hatte ich Herrn Wangemann gebeten, zu versuchen, ob er Einblick in diesen Brief nehmen könnte. — Rechtsanwält Lenzmann: Das stimmt doch nicht ganz. Herr Wangemann, der jetzt todt ist, ist auch in dem Disziplinarverfahren vernommen worden und hat ausgesagt, daß es sich nicht nur darum handelte, den Brief zu „sehen“, sondern auch ihn herauszubekommen.

Nächster Zeuge ist Konsistorialrath Leonhardt. Er erinnert sich dunkel, daß einmal Grüneberg zu ihm gekommen sei und ihm erzählt habe, daß Hr. v. Hammerstein versucht habe, von ihm einen Brief zu bekommen.

Zeugin Frau Grüneberg:

Sie habe den Brief selbst nicht gelesen, sie habe aber von ihrem Manne mehrfach gehört, daß Herr Stöcker ihm einmal den Auftrag ertheilt habe, öffentlich Herrn Witte als einen Mann hinzustellen, der jüdischen Leuten Titel verschaffe. — Rechtsanwält Lenzmann: Hat Ihr Mann Ihnen jemals eine Andeutung gemacht, aus welcher Sie schlossen, daß Ihr Mann einen Brief Stöcker's gefälscht habe? — Zeugin: Einen derartigen Verdacht weise ich ganz entschieden zurück. — Auf Antrag des Rechtsanwalts wird ein Brief der Zeugin an den Hofprediger Stöcker verlesen. In demselben wird unter anderem angeführt, daß ihr Mann, der von verschiedenen Leuten überlaufen werde, zu der gebührenden Stimmung gegen den Adressaten gekommen sei, weil ein Offizier ihm gesagt habe, die Offiziere würden nichts mehr bei ihm arbeiten lassen, so lange er sich nicht von dem Vorwurf der Unwahrhaftigkeit gereinigt habe. Grüneberg sei nun wieder ins Elend gekommen, sie könne aber Stöcker zuschwören, daß ihr Mann nichts gegen ihn thun werde; er werde immer derselben Ansicht sein, wie Herr Stöcker und sich auch immer auf denselben Standpunkt wie dieser stellen. Dieser Brief datirt wenige Tage nach dem Besuche des Zeugen Grüneberg bei Witte. — Rechtsanwält Lenzmann: Sollte Ihr Mann einmal einem Fremden den Brief herausgeben, von dem hier immer die Rede ist? — Zeugin: Ja, Herr Direktor Wangemann wollte einmal den Brief haben, ich habe aber meinem Manne davon abgerathen, ihn herauszugeben. — Rechtsanwält Lenzmann: Sie bleiben aber trotz dieses jetzt verlesenen Briefes, den Sie an Herrn Stöcker gerichtet haben, dabei, daß Ihr Mann mit Ihnen wiederholt von einem Briefe aus dem Jahre 1878 gesprochen hat? — Zeugin: Jawohl! — Präsi.: Nun möchte ich Sie auch einmal etwas fragen. In Ihrem an Herrn Stöcker gerichteten Briefe kommen viele orthographische Fehler ganz von der Art vor, wie sie sich in dem angeblichen Briefe vom Jahre 1878 finden. Haben Sie vielleicht den letzteren geschrieben? — Zeugin: Nein, bewahre! — Auf Befragen des Rechtsanwalts Käsel wird festgestellt, daß der von Frau Grüneberg an Herrn Stöcker gerichtete Brief theilweise unter Mitwirkung ihres Mannes, der krank im Bette gelegen, zu Stande gekommen sei.

Zeugin Frau Prediger Witte.

(Auf Befragen des Präsidenten erklärt Zeugin, daß sie Zeugniß ablegen will.) Sie befindet sich sodann folgendes: Am Nachmittage des 28. Januar 1889 habe sich in ihrer Wohnung während der Konfessionsstunde ein Fremder als Schneidemeister während der Konfessionsstunde und erklärt, daß er ihr eine wichtige Mittheilung zu machen habe. Er sei nämlich im Besitze eines Briefes, in welchem Stöcker ihn auffordere, in öffentlicher Versammlung gegen ihren Ehemann zu agitiren. Es seien schon mehrere Herren, darunter der Freiherr von Hammerstein, bei ihm gewesen und hätten ihm für die Herausgabe des Briefes 500 Mark geboten. Sie habe ihn gefragt, warum er den Brief denn nicht verkauft habe. Grüneberg habe erklärt, er wolle es nicht, er habe den Herren schon fünfzehn Briefe herausgegeben, sei aber mit Unbuth abgelehnt worden. Als die Zeugin ihm gesagt habe, er möge ihr den Brief doch mal zeigen, habe Grüneberg unter einer Anzahl Schriftstücke, die er aus der Brusttasche hervorholte, eins herausgenommen und es ihr überreicht mit dem Bemerken, daß es nur die Abschrift sei. Die Zeugin habe erwidert, daß auf eine Abschrift nicht zu geben sei, sich das Schriftstück aber doch angesehen. Es sei eine Seite

eines auf drei oder vier Seiten beschriebenen Briefes gewesen, welche sie gelesen habe. Darin sei die Aufforderung Stöcker's an den Adressaten enthalten gewesen, gegen den Pfarrer Witte vorzugehen. Sie habe sich hingeseht und mit Grüneberg's Erlaubniß die betreffenden Stellen, welche auf ihren Mann Bezug hatten, abgeschrieben. Sie habe dabei, weil sie eine wortgetreue Abschrift von der Grüneberg'schen Abschrift haben wollte, jeden Fehler in der Rechtschreibung und Interpunktion ebenfalls abgeschrieben. Als sie dann nochmals an Grüneberg die Bitte gerichtet habe, er möge sie doch einen Blick in das Original werfen lassen, da habe Grüneberg dasselbe hervorgeholt, es aber nicht aus der Hand gegeben, sondern es ihr nur vorgehalten. Da habe sie sich denn überzeugt, daß der Hofprediger Stöcker der Schreiber des Briefes gewesen sei. Sie könne sich darin nicht irren.

Als sie Abschrift von der Abschrift genommen, sei ihr Mann heimgeführt und habe in Gegenwart des Grüneberg aus ihrem Munde vernommen, was passiert sei und um welches Vorkommniß es sich handle. Grüneberg habe sich dann plöztlich entfernt. Sie habe, als sie einen Blick in das von Grüneberg festgehaltene Original geworfen, sofort die Stöcker'sche Handschrift erkannt und sie habe auch die Worte gelesen und sich davon überzeugt, daß die von ihr genommene Abschrift mit dem Original übereinstimme. — Rechtsanwält Lenzmann: Es könnte auffallend erscheinen, daß die Zeugin die Handschrift des Herrn Stöcker so genau erkannt haben will und die Vorgänge selbst so genau im Gedächtnis behalten hat. Die Frau Zeugin hat in erster Instanz eine Erklärung dahin abgegeben, daß sie die Handschrift des Mannes, der so namenlos im Ueberflusse über ihre Familie gebracht, unter tausenden herauskennen würde und daß die Vorgänge dauernd ihrem Gedächtnis eingepreßt bleiben würden. Steht die Zeugin noch heute auf diesem Standpunkte? — Zeugin: Jawohl.

Als nächster Zeuge wird

Freiherr v. Hammerstein

vorgeführt. Er betritt den Saal vom Zimmer der Geschworenen aus, in welchem er mit seinem Transporteur bis dahin Platz genommen hatte. Er sieht körperlich noch mehr zurückgekommen aus, als bei seiner Vernehmung in erster Instanz. Er trägt seine eigene Kleidung und beantwortet die an ihn gerichteten Fragen noch in der früheren an ihm gewohnten „Gevalleressen“ Art. Er wird vor seiner Vernehmung verurtheilt und giebt der gerichtlichen Eidesformel nach den Worten „So wahr mir Gott helfe“ noch den Zusatz: „Durch Jesum Christum zur Seligkeit. Amen!“ Seine Aussagen lassen sich dahin zusammenfassen: Er erinnere sich, vor etwa 10 Jahren mal auf Aufforderung des Hofpredigers Stöcker zum Pfarrer Witte gegangen zu sein, um mit ihm über die Beilegung irgend welcher Differenzen Rücksprache zu nehmen. Er habe nur Frau Witte anwesend getroffen und mit ihr eine Unterredung gehabt, auf deren Einzelheiten er sich absolut nicht erinnern kann. Nach seiner Erinnerung sei dann über den Inhalt dieser Unterredung ein Bericht in den Zeitungen erschienen, den er als zutreffend nicht habe erachten können. Er habe deshalb gegen diese Darstellung damals in der „Kreuzzeitung“ Stellung genommen. Er müsse sagen, daß er seine Aussagen hier immer nur unter dem Vorbehalte machen könne, „so weit er sich noch zu erinnern vermöge“. Die Behauptung, daß er einmal zu Grüneberg gegangen sei und versucht habe, den Brief gegen 500 Mark von diesem herauszubekommen, glaube er mit Bestimmtheit bestreiten zu können, denn soweit würde ihn sein Gedächtniß doch nicht verlassen. Frau Grüneberg, die noch einmal vorgelesen wird, erklärt, daß mehrere Männer in Sachen des Briefes bei ihr gewesen seien, sie könne aber den Zeugen v. Hammerstein als einen solchen nicht wieder. Rechtsanwält Lenzmann: Die Lebensschicksale des Zeugen haben dessen Aeußeres ja wesentlich verändert. Ich habe hier eine Photographie des Herrn v. Hammerstein aus der hier fraglichen Zeit. Vielleicht erkennt die Zeugin ihn in diesem Bilde wieder. Die Zeugin vermag dies nicht. Pfarrer Witte: Herr Grüneberg hat vor dem Konfessorium ausgesagt, daß u. a. ein hocharistokratischer Zeitungredakteur wegen der Herausgabe des Briefes mit ihm verhandelt habe. — Zeuge Grüneberg erklärt, daß er den Zeugen v. Hammerstein nicht als einen der Herren wiedererkenne, die bei ihm gewesen. — Pfarrer Witte stellt noch durch einige an Herrn v. Hammerstein gestellte Fragen fest, daß das Gerücht, er (Witte) sei zur Zeit der Unterredung doch anwesend gewesen und habe angesehen der Unterredung gelauscht, lediglich das Ergebnis von Schlussfolgerungen und Erwägungen innerer Art gewesen sei. Er sei thatsächlich nicht zu Hause gewesen, seine Frau sei durchaus im Stande, die Einzelheiten einer solchen Unterredung zu präzisiren und der Bericht über letztere sei erst auf den Rath des Rechtsanwalts Dr. Sello in die Zeitungen gebracht worden. — Weitere Fragen werden an den Zeugen v. Hammerstein nicht gerichtet und er wird abgeführt. (Schluß folgt.)

Kommunales.

Aus dem Rathhause wird besonders berichtet, daß diejenigen Magistratsmitglieder, welche im Besitze von Pferdebahn-Aktien sind, sich an den Beratungen wegen Umwandlung des Betriebes nicht betheiligen dürfen. Das ist gesetzlich und daher für einen Kommunalbeamten wohl selbstverständlich. Ob dieser Abstinenz aber die Wahrung der Interessen der Berliner Bevölkerung verbürgt, muß sich ja nummehr bald herausstellen. Vorerst ist die Hoffnung noch nicht sehr stark.

Das Magistrats-Kollegium hat nämlich gestern die Beschlüsse der Verkehrsdeputation angenommen, wenn auch mit folgenden Änderungen. Es soll nämlich fortfallen das Wahlrecht der Pferde-Eisenbahn-Gesellschaften statt der Gewährung der Hälfte des 12 pCt. übersteigenden Jahres-Reingewinnes weitere 2 pCt. von der Brutto-Einnahme zu zahlen. Bezüglich der Unterhaltung des Bahnkörpers und der Reinigung soll es bei den Bedingungen der geltenden Verträge verbleiben. Endlich soll für eine Bahn zwischen Hohen-Schönhausen und Berlin die Mitbenutzung der Geleise der Neuen Berliner Pferde-Eisenbahn zwischen der Petersburger- und der Webersstraße gestattet werden.

Die städtischen Gasanstalten speisten Ende Dezember 1896 25 113 öffentliche Laternen. Dazu traten die von den englischen Gasanstalten auf dem ehemaligen Schöneberger Gebiet gespeisten 935 Flammen, so daß also im ganzen 26 048 öffentliche Gaslaternen vorhanden waren. Außerdem brannten 1190 Petroleumlaternen. Die Zahl der durch die städtischen Gasanstalten gegen Zahlung gespeisten sogenannten Privatflammen, das heißt der nicht zur öffentlichen Beleuchtung der Stadt gehörigen Flammen, der Privatflammen in Berlin und der öffentlichen und Privatflammen in den Vororten Dallwitz, Kleinickendorf, Pantow, Böhagen, Kummelsburg, Stralau und Treptow betrug 979 183 Flammen, das sind gegen Ende Oktober v. J. mehr 13 311 Flammen. Die Gasproduktion betrug im Vierteljahr Oktober-Dezember v. J. 41 583 000 Kubikmeter, in dem gleichen Zeitraum des Jahres 1895 dagegen nur 39 168 000 Kubikmeter; es sind demnach für das betreffende Vierteljahr 1896 mehr produziert 2 415 000 Kubikmeter, mithin 6,17 pCt. mehr.

Lokales.

Achtung, 2. Wahlkreis! In der Versammlung, welche am Sonntag, den 31. Januar, abends 6 1/2 Uhr, beim Genossen Jubel, Lindenstr. 108, stattfindet, wird Genosse Käder über das Thema: „Wie der Mensch ist, so ist er“ referiren. Am rege und pünktliche Betheiligung wird ersucht.

Wie der Eisenbahnklub alte Arbeiter belohnt. Bei den preussischen Staatsbahnen werden langjährig beschäftigten Arbeitern bei Vollendung einer fünfundsiebzig-, fünfundsiebzig- und fünfundsiebzigjährigen zureichenden Beschäftigung in Eisenbahndienste besondere Anerkennungen in Form einmaliger Geldbelohnungen im Betrage von 80 bis 100 Mark zu theil. Im Jahre 1896 sind in

dieser Weise 2520 Arbeiter belohnt worden. Von diesen haben 2103 ihre fünfundsiebzigste, 375 ihre fünfundsiebzigste und 39 ihre fünfundsiebzigste Beschäftigungsjahre vollendet. Hundert Mark für fünfzig Jahre treuer Pflichterfüllung macht für jeden Tag dieser Dienstzeit just wieder dreißig Pfennig Anerkennung aus. Bei solcher fiskalischen Spendlichkeit ist es ja ganz unmöglich, daß Eisenbahnarbeiter zu Sozialdemokraten werden!

Die Schnee-Abfuhr in die Wasserläufe Berlins ist von der Küstlichebehörde verboten worden und geschieht wieder in der früheren Weise nach den Köllnischen Wiesen, den Neuhagen und anderen städtischen Abladepfählen. Etwa 3500 Fuhrer à 4 Kubikmeter = 14 000 Kubikmeter Schnee sind in den wenigen Tagen in die Spree geschüttet.

Die Kraniasäulen werden jetzt wieder um drei vermehrt. Die eine Säule an der Ecke der Potsdamer- und Blöcherstraße geht ihrer Vollendung entgegen, zur zweiten am Frankfurter Thor, Ecke der Menckestraße, ist der Grund gelegt, und der Bau der dritten auf dem Audreaplay wird in kurzer Zeit in Angriff genommen werden.

Der elektrische Betrieb auf der Wannseebahn soll nach den neuesten Bestimmungen noch in diesem Frühjahr eingerichtet werden und zwar zunächst probeweise mit einem allmählich in den fahrplanmäßigen Bahnverkehr eingelegten elektrischen Wagenzuge auf der Strecke Berlin-Zehlendorf und zurück.

So'n bischen Französisch! „An benedico de la Genossenschaft deutscher Bahnangehöriger par la Tournée Mademoiselle Josset 1897“ beginnt eine Anzeige in der „Vossischen Zeitung“, in der zu einem Konzert eingeladen wird. Da diese Anzeige sich wahrscheinlich doch an ein deutsches Publikum wendet und im Programm des Konzerts ebenso viel deutsche Musikstücke als französische Deklamationsstücke verzeichnet sind, so will uns dies bischen Französisch nicht gerade besonders geschmackvoll erscheinen.

In der Angelegenheit der Konfordia werden wir am Aufnahme der folgenden, von Herrn Emil Paul, Adalbertstr. 71, eingereichten Zuschrift ersucht: Die Mitglieder der Konfordia werden zu Montag, den 1. Februar 1897, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Nautenberg, Oranienstr. 180, eingeladen.

Dr. Eduard Jacobson, der bekannte Posenrichter, ist, der „S. Z.“ zufolge, gestern gestorben.

Nicht 2,40 M., wie wir gestern infolge eines Druckfehlers meldeten, sondern nur 2,25 M. bekommen die von der Stadt angenommenen Schneeschipper als Tagelohn.

Zur Mittheilung über die Unternehmung gegen den Buchhändler Ernst Fritling und dessen Beziehungen zum Verleger Paul Kittel, Poststr. 13, schreibt dieser Herr: „Es ist unrichtig, daß gegen mich, Paul Kittel, im verflochtenen Jahre ein Ermittlungsverfahren geschwebt hat, und unrichtig ist ferner, daß ich wegen Betrugs verdächtig war. Wichtig ist, daß ein von mir im Herbst 1895 plötzlich entlassener Herr, der damals zu dem j. Z. verhafteten Fritling ging, gegen mich eine Denunziation gemacht hatte, die dahin führte, daß die zuständige Behörde die anhängig gemachte Sache ohne weiteres zurückwies.“

Der kleine Arthur Schwarz, der sich, wie wir mittheilten, in der Küche der elterlichen Wohnung verbrannte, indem er aus einem mit siedendem Wasser gefüllten Theekessel trinken wollte, ist im Krankenhaus an der Verbrennung des Rachens gestorben. Die Staatsanwaltschaft hat die Leiche zur Feststellung des Thatbestandes durch gerichtliche Obduktion untersuchen lassen.

Erhängt hat sich gestern der 83 Jahre alte Restaurateur Froberg in einem Hotel der Friedrichstadt. Ehehliche Zwistigkeiten haben den Mann in den Tod getrieben. Gleichfalls erhängt hat sich der 45 Jahre alte Bauanschläger Adolf Berger in seiner Wohnung Nr. Frankfurterstr. 129.

Auf der Straße verstorben. Der Bädergehilfe August Kausle, der aus Schlesien stammt und bis vor einiger Zeit bei dem Bädermeister Dubelow in Templin beschäftigt war, wurde gestern Nachmittage gegen 4 Uhr vor dem Hause Alt-Neubühl von einem Muthsitz befallen und starb nach kurzer Zeit. Gestern Morgen hatte der 69 Jahre alte Arbeiter Löwenstein aus der Schönhauser Allee 180a für seine Tochter Arbeiten an die Firma J. Berger in der Alexanderstraße 2 abzuliefern. Da er 10 Minuten vor Öffnung des Geschäftes ankam, setzte er sich auf die Treppe, um zu warten. Hier fand ihn bald darauf das Geschäftspersonal als Leiche auf. Ein Arzt konnte nur noch den Tod an Herzschlag feststellen.

Beim Schneefegen ist am Freitag Morgen um 10 Uhr der 56 Jahre alte Dachdeckermeister Franz Höbner vom Dache abgestürzt. Höbner war mit seinem 23 Jahre alten Sohne Franz auf das Dach des Audreaplays-Realgymnasiums in der Langestraße 31 gestiegen, um den Schnee zu besen. Dabei glitt er auf dem Dache des ersten Ouergebäudes aus und stürzte in die Tiefe hinab. Im Fallen ergriff er noch eine eiserne Stange, konnte sich aber nicht halten und fiel in den Hof hinab auf das Stadtergitter eines kleinen Vorgartens. Von zwei der hölzernen Gitterlatten brachen die Spitzen ab, während der Meister mit dem rechten Arme zwischen zwei andere geriet und hängen blieb. Der Schuttdiener, der gerade auf dem Hofe war, befreite den Beunruhigten aus dem Gitter und holte einen Arzt; dieser gab dem Schwerverletzten, der bei vollem Bewußtsein war, eine Morphiumeinsprühung und ließ ihn in das Krankenhaus am Friedrichshain bringen. Höbner hat eine schwere Verletzung am Kopfe und am aufsteigend Brüche des rechten Armes und des linken Beines erlitten.

Bei dem Versuch, ein schon gewordenes Gespann aufzuhalten, ist vorgestern Mittag ein unbekannter Mann schwer verunglückt. Das Gespann kam fahrlos, einen Arbeitswagen hinter sich herschiebend, aus der Ballisadenstraße herausgestürzt, jagte über die Landsbergerstraße hinweg nach der Webersstraße, woselbst zahlreiche Schulhinderer aus ärgere gefährdet erschienen. Ein etwa dreißigjähriger Arbeiter versuchte die wütenden Thiere aufzuhalten, wurde jedoch zu Boden geschleudert und überfahren. Der brave Mann, dessen Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte, erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht werden mußte. Die Pferde waren inzwischen durch einen Schutzmann zum Stehen gebracht worden.

Die Schauspielerin Martha Bayle, die sich am Montag Mittag in ihrer Wohnung in der Frobenstr. 87 durch einen Schlag in die Brust zu tödten versuchte, ist nicht ganz so gefährlich verletzt, wie es anfangs schien. Nach dem bisherigen Verlaufe des Heilprozesses hat man begründete Hoffnung, sie am Leben zu erhalten.

Aus den Nachbarorten.

Zwei Falschmünzer sind vorgestern in Schöneberg abgefaßt worden. Die beiden, zwei Brüder Berger, hatten in der Gastwirthschaft von Reichard, Großgärchenerstr. 7, versucht, ein falsches Zweimarkstück anzubringen. Sie wurden nach dem Schöneberger Hauptpolizeibureau gebracht, wo bei ihnen noch mehrere falsche Zweimarkstücke gefunden wurden, über die sie keine einwandfreie Auskunft geben konnten. Später fand man in der Wohnung der Brüder, Oranienwaldstr. 45, das vollständige Falschmünzmaterial nebst noch einer Anzahl weiterer falscher Geldstücke.

Kunst und Wissenschaft.

Leffing-Theater. L'age difficile de Jules Lemaitre (Das gefährliche Alter). Bei voll befestigtem Hause ging das genannte Stück in Szene. Von den bisher gegebenen unterscheidet es sich dadurch, daß nicht die Frau, sondern der Mann sich auf galante Abenteuer einläßt. Ist es in den deutschen Stücken dieses Genres meist die Schwiegermutter, die den liebenden Eheleuten immer im Wege steht, so ist es hier der allzu zärtliche Onkel

der Frau, Chambray, dessen Rolle Antoine spielte. Das gefährliche Alter deutet darauf hin, daß man mit 60 Jahren in eine selbst ziemlich plump angelegte Falle gehen kann, wenn sie von einer jungen, begehrten Frau gestellt wird. Chambray, der diesen Fehltritt seines angeheirateten Neffen so sehr rügt, läßt sich durch dieselbe Frau verlocken, trotz seiner 60 Jahre und seiner grauen Haare, eine Liebeslei mit ihr anzubündeln. Er ist eben im Begriff, den letzten Schritt zu thun, der früheren Maitresse sein: Neffen einige tausend Frankoscheine zu bringen und den süßen Lohn dafür zu empfangen, da wird Mmes Meriel gemeldet, seine Zucht- und Liebe. Durch diese läßt er sich auf den Pfad der Jugend zurückbringen und schat sich mit seiner Nichte, der er es nicht verzeihen wollte, daß sie ihrem Manne gefolgt war, wieder aus.

Erst im zweiten Akte, als man dahinter kam, in welchen Beziehungen die Personen zu einander standen, wurde man darin ein wenig trug das Spiel des Herrn Antoine dazu bei. Hatte dieser bis dahin nur kleine und dankbare Rollen gehabt, so kam sein Können in der geistigen Aufführung zur vollen Geltung. Die anderen Schauspieler blieben hinter den Leistungen des Herrn Antoine weit zurück.

Dem Stücke folgten einige Vorträge. War das Publikum durch die letzte Scene des Stückes in etwas rührselige Stimmung versetzt, so wurde es gleich durch den ersten Vortrag des Herrn Coquelin in recht heitere Stimmung gebracht, es kam aus dem Lachen nicht mehr heraus. Wachte Herr Coquelin die geistvolle und schauspielerische Art, die Romik seines Vortrages zur Geltung, so wirkte Hr. Jossif hauptsächlich durch ihre Anmut und das Witzenspiel. Aber auch der Vortrag ließ nichts zu wünschen übrig. Zuletzt sprach Dumery. Er stellt einen Maler dar, der die große Gabe zu steifen besitzt, dem diese Gabe aber abhanden kommt, sobald er ein Glas über den Durs getrunken hat. So lange er Junggeselle war, ging's noch. Jetzt hat er aber eine liebende Gattin, die seine Schwäche sehr wohl kennt. Sie nimmt den Schlüssel in Verwahrung und will ihm denselben nur dann heruntergeben, wenn er ein Lied vor ihrem Fenster spielt.

Er hat wieder Blau-Montag gemacht. Der Regen strömt herunter. Alle Versuche zu pfeifen sind vergebens. Es bleibt beim Mundzuspähen. Da sieht er einen Bürger über die Straße kommen und bittet ihn, für ihn zu pfeifen. Sehr erheitert wirkte es, als er diesen beim Abschied zurück: A landi prochain. — Die heiterste Stimmung rief der zweite Vortrag des Herrn Dumery hervor, den er auf vielfaches Beifallklatschen, noch sprach.

Der gestrige Abend darf wohl zu den gelungensten des bisherigen Gastspiels gezählt werden.

Im Abend-Theater schien es bislang, als ob die abgelebte Adolph-Grün-Poffe wieder aufgefrischt werden sollte. Herr Direktor Weis hat sich gestern eines anderen besonnen und noch einen Flok weiter zurückgejagt. Im „Walzerkönig“ von Mannstädt kam die alte, nach Volkstümlichkeit schielende Gesangsweise der leuchtigen und fleißigen Jahre wieder in voller Rührseligkeit zum Vorschein. Alle verstaubten Puppen trippelten am Draht heran: Die alleinstehende Konfektioniersdienerin Gertrud, die in Wehmuth des Unglücks ihrer Mutter gedenkend, sich durch reelle Arbeit ein tugendhaft-behagliches Dasein schafft, beglichen der bei allen leichtfertigen Seitenwärtigen im Grunde seines Herzens doch recht brave junge Bedientemann, der den Frieden des Modistinnenateliers stört, ferner der ebenfalls leichtfertige, jetzt aber bereits etwas sentimental angeknackte alte Onkel, der die Heirat des Paars zurechtrent und bei der Gelegenheit in der Konfektioniers seine natürliche Tochter wieder erkennt, und endlich als Gegensatz zu dieser braven Gruppe die vornehmthuende Schelmengunst, die gar nichts hinter sich hat und am Ende natürlich elend Schiffbruch leidet. Unter ihr findet sich sogar der größte Poltiker und Volksredner wieder, der überall seinen erbotenen Unfuh anbringt.

Wochten derartige Farcen, die die Namen des Volksstücks bekanntlich so arg in Verfall gebracht haben, in ihrer Wozzeit sich noch mit einem schwachen Widerschein des Lebens brüsten können, der hier und da auf sie fiel, so wirken sie heutzutage beinahe widerwärtig. Sie haben, dank dem Wissenschaft in der ökonomischen Entwicklung, jeglichen Rückhalt in der Wirklichkeit verloren!

Die Künstler des Abend-Theaters gaben sich redliche Mühe, dem Stücke zum Erfolg zu verhelfen. Vor allem ist Herr Direktor Weis zu nennen, der sich in den Erinnerungen der Zuschauer, die in ihm aus der früheren Darstellung seiner Heldenrolle wieder austauchten. Neben ihm glänzte vor allem Fräulein Anna Müller als Modistin und Herr Bill als alter Onkel.

Die Ausstellung des Malers Wereschagin wird am 31. Januar im alten Reichstagsgebäude, Leipzigerstr. 4, eröffnet.

Im Abend-Theater wird von heute ab der Beginn der Vorstellung wieder auf 7½ Uhr festgesetzt, da der „Walzerkönig“ die gewöhnliche Spielzeit überschreitet. Sonntag Nachmittag ist eine nochmalige Aufführung vom „Deutschen Bilde“ und zwar zu halben Preisen. Montag ist die erste Volksvorstellung; zur Aufführung gelangt: „Die Stunde der Versuchung“.

Im Schiller-Theater wird Herr Josen's fünftägiges Schauspiel „Ein Volkstheater“ Montag, den 1. Februar, zum ersten Mal in folgender Besetzung gegeben: Doktor Stockmann Albert Patra, Frau Stockmann Seraphine Deitich, Petra Grete Meyer, Peter Stockmann Paul Panty, Hanska Willy Frohde, Hilking Max Wetmann, Kolassen Karl Dahlen.

Im Thalia-Theater findet am kommenden Sonntag Nachmittag 3 Uhr die erste Wiederholung des Sensations-Schauspiels „Trieb“ statt. Die Preise der Plätze sind ermäßigt.

Morgen, Sonntag, nachmittags 3 Uhr, geht im Belle-Alliance-Theater als Volksvorstellung unter Regie von Julius Tietz noch einmal Don Carlos in Szene. Titelheld: H. Freyburg a. W.; Goli: Hedwig Margot; König: Wilh. Haff; Don Carlos: Rich. Jürgas; Marquis: Josef; Julius Tietz.

Die Neue freie Volkshöhne veranstaltet am Sonntag, den 31. Jan., nachmittags 2½ Uhr, im Zentral-Theater für ihre 2. Abtheilung — in der noch Mitglieder aufgenommen werden können — eine Vorstellung von Max Treyer's „Winterhof“. Die Regie hat Herr Franz Gaid; die Hauptrollen haben: Fr. Eugenie Venz und die Herren Glösel und Gaid.

Gerichts-Beilage.

Wegen Verleumdung des früheren Kolonialdirektors Dr. Kaiser stand am Freitag Dr. Schröder-Poggelow vor der Strafkammer in Berlin, angeklagt, in einem Briefe an den Reichsanwalt erklärt zu haben, daß Dr. Kaiser ihn „auf unwahrem und ungeschickem Wege“ aus dem Kolonialrath entfernt habe. Der Gerichtshof billigte dem Angeklagten den Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zu und sprach ihn frei.

Das Reichsgericht verwarf heute die Revision des Redakteurs Karl Sedlaczek, welcher am 20. Oktober vor. J. vom Landgericht II Berlin wegen Beschimpfung der jüdischen Kirche und Gotteslästerung zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Das Ehedrama in Oranienburg, von dem neuerdings mehrfach berichtet worden ist, beschäftigte gestern das Schwurgericht am Landgericht II. Vor den Schranken stand die jetzt verwitwete Elise Eleanore Dittke Thomegil aus Oranienburg, welche am 28. September v. J. ihren Ehemann, den früheren Pfalz-Nachwachtmeister Thomegil, erschossen hat. Sie war von diesem fortgesetzt unsüßlich gepeinigt worden und hatte auf den von ihr getrennt lebenden Mann an genanntem Tage mehrere Schüsse aus einem Revolver abgefeuert, nachdem sie abermals von ihm mit einem Stode überfallen und geprügelt worden war. Die Waffe hatte sie sich ihrer Darstellung nach auf den Rath eines Oranienburger Polizeibeamten angeschafft, als sie diesem von den fortgesetzten Bedrohungen in Kenntniß gesetzt hatte. Frau Thomegil, die im 34. Lebensjahr steht, hatte 1890 von einem alten Bankier Fischpöhl, dem sie die Wirtshauschaft führte, etwa 10000 M. geerbt. Dies Geld wurde von dem Manne, den sie 1892 heirathete, in Grundstücken wohl unvorthellhaft angelegt, so daß trotz des Vermögens zuweilen Noth im Hause herrschte. Vor Gericht berichtet die Angeklagte über ihr Vorleben, daß sie den Bankier am 4. Dezember 1890 in sein Zimmer erschossen auf dem Fußboden gefunden habe, neben ihm lag sein

Dienstmädchen Emma Winde mit eingeschlagener Hirnschale. Auf dem Tische lag ein von Fischpöhl's Hand geschriebener Brief, in welchem er mittheilte, daß er sich selbst erschossen, vorher aber das Dienstmädchen erschlagen habe, weil diese ihm gedroht hätte, ihn wegen eines verübten Sittlichkeitsverbrechens anzuzeigen. (Daß die Angeklagte an dieser doppelten Bluttat in keiner Weise theilhaftig war, geht aus den damaligen Ermittlungssakten deutlich hervor.)

Ueber das ihr zur Last gelegte Verbrechen sagt Frau Th. aus, daß sie, ihr Kind auf den Arm, in der Nothwehr gehandelt habe. Das Verdict der Geschworenen lautete auf nicht schuldig, worauf die Freisprechung erfolgte.

Ein Impfsprozeß von einiger Bedeutung wurde am 26. Januar in Hamburg vor dem Landgericht, Strafkammer I, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Röhring verhandelt. Angeklagt waren die drei praktischen Aerzte Dr. mod. Gans, Dr. mod. Heinrich Schmidt und Dr. mod. Böhm wegen Vergehens gegen § 278 des Strafgesetzbuchs, weil sie angeblich in einer größeren Anzahl von Fällen wider besseres Wissen Impfscheine ausgestellt haben sollen, auf denen eine erfolgreiche Impfung bestätigt war. Der Prozeß ist durch einen hiesigen Arzt Dr. Lührich veranlaßt, der ein von Dr. Gans geimpftes Kind wegen irgend einer Krankheit in Behandlung bekam und bei einer Untersuchung keine Spur von einer Impfung gefunden haben wollte. Er erstattete Anzeige beim Medizinal-Kollegium und dieses ordnete eine Revision aller von den drei oben genannten Aerzten geimpften Kinder an. Dabei haben die staatlichen Impfarzte dann festgestellt, daß bei einer großen Anzahl von Kindern, für die Impfscheine mit dem Vermerk „Mit Erfolg“ ausgestellt waren, entweder gar keine Narben mehr vorhanden waren, oder doch nur solche, die nach Ansicht der residirenden Aerzte nur von einfachen Einschritten herrührten, in die Lymphe nicht eingeführt war. Die drei angeklagten Aerzte, die sämtlich entschiedene Vertreter der Naturheilkunde sind, bestritten, jemals wider besseres Wissen falsche Impfscheine ausgestellt zu haben. Nach dem deutschen Impfgesetz sei die Beurtheilung des Erfolges der Impfung dem Ermessen des impfenden Arztes überlassen. Sie hätten nie einen Schein ausgestellt, ohne den Erfolg vorher zu konstatieren. Allerdings seien sie Gegner des Impfwanges, aber keine Impfgegner. Sie impften vorsichtig, und die Kunst des Naturheilartzes bestiehe darin, daß er durch die Behandlung mit Wasser verhindere, daß der Entzündungsprozeß tiefer greife. Die Sachverständigen sprachen sich natürlich sämtlich gegen die Angeklagten aus. Der Staatsanwalt hielt bezüglich des Dr. Böhm jedoch die Anklage nicht für erwiesen, wohl aber bezüglich der beiden anderen Angeklagten. Er beantragte deshalb Freisprechung des Dr. Böhm und gegen Dr. Gans und Dr. Schmidt je 2 Monate Gefängniß. Die Vertheidiger Dr. Volkmar-Berlin und Dr. Siemers-Hamburg beantragten die Freisprechung. Nach mehrstündiger Beratung erkannte das Gericht aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen auf kostenlose Freisprechung aller drei Angeklagten. In der Verhandlung hatten sich eine Anzahl Aerzte, Vertreter und Anhänger der Naturheilkunde und Impfgegner als Zuhörer eingefunden, die die freigesprochenen drei Aerzte nach der Verhandlung lebhaft begrüßten.

Gewerkschaftliches.

Die Agitation für die Gewerkschaften röhrt in Preußen jetzt auf dieselben Hindernisse, wie die Agitation für die sozialdemokratische Partei. Frau Greifenberg aus Berlin, die gegenwärtig Schlesien bereist, um die Arbeiterinnen für den Anschluß an die Gewerkschaften zu gewinnen, konnte in Breslau weder am Sonntag in einer allgemeinen Frauenversammlung noch am Montag in einer Schneiderinnen-Versammlung ihr Referat beenden, weil die Versammlungen aufgelöst wurden. In ersterer Versammlung erfolgte die Auflösung, als die Rednerin gesagt hatte: „Die Veränderung der Produktionsweise in unserem Jahrhundert hatte auch eine vollständige Umwälzung sowohl der wirtschaftlichen wie der gesellschaftlichen Zustände zur Folge.“ Als allgemein die Frage erstand, auf grund welcher Paragraphen die Versammlung aufgelöst sei, erklärte der überwachende Beamte: auf Befehl des Polizeipräsidenten. Die zweite Versammlung verfiel der Auflösung, weil Frau Greifenberg einen Vergleich gezogen hatte zwischen der peinlichen Sorgfalt, die ein Fabrikant seinen Pferden angedeihen läßt, und der Konchalance, die er gegenüber seinen Arbeitern an den Tag zu legen pflegt. Eine Handshuh-näherinnen-Versammlung konnte überhaupt nicht abgehalten werden, weil der Wirth des gemieteten Lokals seine Thüre rüchgängig machte. Auch in Blumenau, in welcher Gegend sich jetzt ein Weberstreik abspielt, wurde Frau Greifenberg durch das Verbot der betreffenden Versammlung daran gehindert, den Arbeiterinnen den Anschluß an die Organisation zu empfehlen, das einzige, wodurch sie ihre traurige Lage verbessern können.

Die Art und Weise, wie sich jetzt in Preußen die Polizei zu den Gewerkschaften stellt, während die Unternehmer-Organisationen auch nicht die geringste Behinderung ihrer vielfach garabey gemeingefährlichen Thätigkeit erfahren, ist ein weiteres deutliches Zeichen für den rückläufigen Kurs, den die Regierung auf sozialpolitischem Gebiete eingeschlagen hat.

Aus Dresden meldet das Wolffsche Bureau: Die Eisenbahnarbeiter aus Dresden, Pirna, Wodenbach und anderen Orten beschloßen am Donnerstag in einer von mehr als 1000 Personen besuchten Versammlung, eine festere Organisation ins Leben zu rufen und für die Forderung auf Aufbesserung der Löhne und der sonstigen Arbeitsverhältnisse einzutreten.

Die Tischler Hamburgs beschloßen, zu geeigneter Zeit folgende Forderungen zu stellen: Reunhändige Arbeitszeit, einen Minimallohn von 45 Pf. pro Stunde für Bau- und Möbeltischler, einen solchen von 60 Pf. für Bauanschläger, 50 pCt. Ausschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit. Eine Kommission wurde gewählt, die sich mit den Tischlern in Wandersbeck und Altona über gleiche Forderungen verständigen soll.

Der 5. Kongreß des schwedischen Maurerverbandes, der kürzlich abgehalten wurde, war von 33 Vertretern des Zentral-Verbandes und 20 Vertretern der Lokalvereine besetzt. Die Mitgliedszahl der Organisationen ist im letzten Jahre von 1227 auf 2236 gestiegen. In 10 Orten erreichten die Maurer durch Verhandlung eine Lohnerhöhung von 2-5 Oere pro Stunde; in 2 Orten wurde eine solche von 5 Oere pro Stunde durch den Streik erlangt. Besonders lebhaft wurde die Lehrlingsfrage. Ein Vorschlag aus Oddeberg, der von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam ausgearbeitet worden war, wurde gebilligt. Die Frage der Unfallversicherung soll in Angriff genommen und dafür in der Presse agitiert werden. Das Akkordsystem wurde durch eine Resolution für verwerflich erklärt.

Versammlungen.

Generalversammlung des Verbandes der Raser, Ladirer und Anstreicher. Aus Rassel wird uns unter dem 28. Januar geschrieben: In der heutigen Sitzung wird mit der Debatte über den Rassenbericht begonnen, in deren Verlauf verschiedene Anträge Annahme fanden, durch welche Pflanzeln von Schulden bei der Hauptkasse entbunden werden. In Zukunft soll der Kassirer allein keine angelegten Gelder abheben können, vielmehr soll zwei Vorstandsmitglieder dazu nöthig. Den Hamburger Hafenarbeitern werden einstimmig 1000 M. aus der Hauptkasse bewilligt. Ueber das Fachorgan, den „Vereinsanzeiger“, werden heftige Klagen gegen die Redaktion und den Hauptvorstand vorgebracht, die jedoch von den meisten Rednern für unbegründet erachtet werden, da nicht die Personen, sondern die Umstände Schuld daran tragen. Ueber den Antrag, der „Vereins-Anzeiger“ erscheint achtstägig, entspinnt sich eine längere Debatte, die jedoch abgebrochen wird, bis durch Statut die Beiträge festgesetzt sind. Mehrere Redner traten für den Antrag ein, wollen aber von einer Erhöhung der Beiträge durchaus nichts wissen. Eine Veränderung in der Erscheinungsweise würde aber

ohne die Redaktionskosten einen Mehraufwand von 3500 M. bedingen. Aus dem Bericht des Verbands-Vorsitzenden geht hervor, daß in den letzten drei Jahren 80 Lohnbewegungen stattfanden, die zum Theil ohne Streit ganz oder theilweise zu Gunsten der Arbeiter ausfielen. In 22 Städten wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von 1-3 Stunden erreicht. In der folgenden Diskussion wurde allgemein anerkannt, daß kampffähige Organisation auch entsprechende Beiträge erheben müssen. Es wird in die Verabreichung des Statuts eingetreten und findet zunächst folgender Antrag Annahme, auf der ersten Seite des Mitgliedsbuches eine Rubrik einzufügen, in der, wie bei anderen Verbänden, Geburtsjahr und Tag des betreffenden Mitgliedes vermerkt wird. Bei § 1 wird der Antrag Berlin (Ladirer), Berufsstatistik zu streichen; ferner der Antrag vom Hauptvorstand, Heidronn und Zschorn: Rechtsschutz bei Unfällen, zu streichen, sowie der Zusatzantrag von Geisenkirchen: Rechtsschutz für gewerbliche Streitigkeiten von der Hauptkasse zu gewähren, abgelehnt.

In einer gut besuchten Schuhmacher-Versammlung, die am Donnerstag im Lokal „Königsbau“, Frankfurtstraße, tagte, referierte Reichstags-Abgeordneter Bod über die Aussperrung der Schuhmacher in Weipensfeld. Nach den Ausführungen des Redners hat die vor ca. zehn Wochen vorgenommene Statistik der Schuhmacher in Weipensfeld geradezu schreiende Zustände zu Tage gefördert. Danach sind von 52 Verordneten 43 der Schwindsucht erlegen. Von diesen haben zwei Drittel noch nicht das 35. Lebensjahr erreicht. Die Löhne betragen für jugendliche Arbeiterinnen 1,50 bis 3 Mark pro Woche. Bei solchen über 18 Jahre 7 bis 9 Mark, und wie festgestellt werden mußte, verdienen verheiratete Leute sogar in der guten Zeit oft nur 10 M. pro Woche. Die Behauptung der Fabrikanten, daß die Löhner 30 M. verdienen, konnten sie selbst nicht aufrecht erhalten, indem sich unter den von ihnen veröffentlichten Lohnlisten, obwohl sich dieselben nur auf die Saison und die besten Arbeiter beschränken, keine einzige befand, die einen derartigen Lohn auswies. Die Arbeiter hatten demnach alle Ursache, Forderungen zu stellen und wenn sie die Bewilligung derselben erst vom 1. Oktober d. J. ab verlangten, um den Fabrikanten Gelegenheit zu geben, ihre Geschäftsabläufe dementsprechend zu machen, so mußte dies läßlich anerkannt werden. Der Redner stellt fest, daß die 150 pCt. Lohnerhöhung, über welche die Fabrikanten schreien, sich lediglich auf die jugendlichen Arbeiterinnen, die oft eine mehrwöchige Beurlaubung umsonst durchzumachen haben, beziehen, und für diese der gewöhnlich hohe Minimallohn von 4 M. pro Woche festgesetzt werden soll. Die Aussperrung der 3000 Arbeiter war von den Fabrikanten wohl überlegt in Szene gesetzt, um die Arbeiter für längere Zeit niederzuhalten, weil sie wußten, daß die Organisation nicht genügend vorbereitet und die Kassenverhältnisse keine glänzenden waren. Die kleinen Differenzen der Arbeiter mit dem Fabrikanten blähten den Unternehmern die gewöhnliche Gelegenheit. Die ersten Verhandlungen zur Beilegung des Kampfes, wozu der Redner hinzugezogen wurde, verliefen ergebnislos. Den Beschlüssen der Fabrikanten entsprechend erfolgte eine Freisprechung der Arbeiter mit Herrn Blasia, die die Beseitigung der bestehenden Differenzen zeitig und eine vollständig gütliche Einigung herbeiführte, so daß von beiden Seiten kein Grund zur Weiterführung des Kampfes vorlag. Entgegen den Beschlüssen der Ausschüsse, die sich mit den Abmachungen einverstanden erklärten und nun hoffen, die Arbeit wieder aufnehmen zu können, nahmen die Fabrikanten eine Resolution an, in der die getroffenen Abmachungen verworfen und die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit bei Blasia gefordert wurde. Gegenwärtig ist die Situation eine verhältnismäßig günstige, indem die Aussperrten unterstützt werden konnten und die öffentliche Meinung entschieden für die Arbeiter Partei nimmt. Der Redner hofft, daß die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen von Erfolg begleitet sein werden. Mit der Aufforderung an die Arbeiter, gleich den Unternehmern sich in der Organisation eng und dauernd zusammenzuschließen, um für die nahe Zukunft schon gerüstet zu sein, schloß der Redner seine von der Versammlung mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt und mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Einstimmig gelangte hierauf ein Antrag zur Annahme, nach welchem die arbeitenden Kollegen verpflichtet werden, 5 pCt. von ihrem Arbeitsverdienst an den Unterstützungsfonds abzuführen. Nach kurzer Begründung von Weber wurde den Delegirten zum internationalen Schuhmacher-Kongreß anheim gegeben, außer der Regelung der Reise-Unterstützung auch eine gegenseitige Unterstützung der verschiedenen Länder durch das internationale Sekretariat bei Massenausperrungen anzubahnen. Unter Verschiedenem wurde angeführt, daß Arbeiter von dem Arbeitsnachweis der Fabrikanten auf Monate ohne jede Begründung ausgesperrt sind und demzufolge in den Fabriken keine Arbeit bekommen. Die Willner mittheilte, hat die Kommission sich an die Fabrikanten mit dem Ersuchen gewandt, die Freisprechung zu veranlassen, in der die Angelegenheit des Arbeitsnachweises behandelt werden sollte. Eine Antwort auf dieses Schreiben sei bisher nicht erfolgt, dafür ist im Fabrikantenorgan ein Artikel erschienen, in welchem die Arbeiter geradezu verhöhnt werden. Die nächste Versammlung wird sich mit dem event. Antwortschreiben beschäftigen. Allgemein ist die Meinung vorherrschend, daß auch die Berliner Fabrikanten, ähnlich wie es in Weipensfeld geschieht, eine Machtprobe planen und deshalb die Arbeiter fortwährend provozieren. Zum Schluß nahm die Versammlung eine Resolution an, in der sie sich mit dem Protest der sozialdemokratischen Berliner Stadtverordneten gegen die Verwendung städtischer Gelder für die Geburtstagsfeier Wilhelm I. einverstanden erklärt.

Arbeiter-Gildenschule. Sonnabend Abend von 8-10 Uhr: Siedel'sche, Waldemarstr. 14; Nationalökonomie (Allgemeine Uebersicht der verschiedenen Wirtschaftsklassen. Einleitung der bürgerlichen theoretischen Nationalökonomie. Die Wirthschaft der Arbeit und des Kapitals). Herr Dr. Conrad Schmidt. — Rechtskunde. Brunnengasse 25: Natur-Gesamtheit. Antike und moderne Naturbeobachtung. Problem der Weltbildung im Weltbaum. Ethische Weltanschauung und biblische Weltanschauung. Die Entstehung der Erde aus ihrer bewegten Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Menschen in das Naturganze (Lamarck-Theorie). Das Samenproblem. Atomismus und Materialismus. Grenzen der Natur-Gesamtheit. Herr Dr. G. Joll.

Die Schulkasse ist zur Sammlung der Bibliothek und des reichen Beilagesmaterialis schon von 8 Uhr abends an geöffnet.

Die Eröffnung der Arbeiter-Gildenschule. Brunnengasse 25, ist nachmittags von 5-8 Uhr, Sonntags von 3-6 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet. Die Geschäftsstelle der Schule SO., Kaiser Franz-Gedenk-Platz 7, die den Vereinsvorständen zur Vermittlung von Beiträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist vormittags von 10-12 Uhr geöffnet.

Arbeiter-Hilfsverein Berlin und Umgebung. Vorsitzender: Wd. Neumann, Siedelstr. 14. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an: Friedrich Kottus, Mauerstr. 49, 2. Etz.

Bund der deutschen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. Alle Zuschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an: G. Gent, S. Dresdenerstr. 107/8.

Arbeiter-Vereinsbund Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an: Hermann Traunkow, Dresdenerstr. 107, 2. Etz.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 31. Januar 1907, vormittags 9 Uhr pünktlich, Rosenfelderstr. 18: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. Um 11 Uhr vom ebendortselbst: Vortrag des Herrn Wilhelm Wölke: Polarisierung und Weltuntergang.

Zentral-Franken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer, Berlin, Regier. 4) Sonntag, den 31. Januar, vormittags 10 Uhr: Versammlung im Lokal des Herrn Ewald, Mauerstr. 49.

Christen. Klub Ruf. Sonnabend Abend 9 Uhr bei Scholz, Dresdenerstr. 65: Geistesgeselliges Beisammeln.

Vermischtes vom Tage.

Schnee und Eis halten gegenwärtig fast die gesammte nördliche Halbkugel in Bänden. In Deutschland ist auf einer Reihe von Bahnhöfen der Verkehr eingestellt worden, ganze Ortschaften durch Schneemassen gänzlich abgeschlossen. Auf dem Elbe-Fluß wurden zwei französische Zollbeamte vom Schneesturm überfallen. Der eine ertrug, der andere stürzte ab, erlitt einen Beinbruch und wurde erst nach 18 Stunden aufgefunden. — In Amerika sind bereits viele Menschen der Kälte zum Opfer gefallen. — Und nun das Gegenstück hierzu: In Rumanien sind bereits am 14. Januar die ersten 1897er Spargeln auf den Markt gekommen. — In Kottbus fand man ein Portemonnaie, das ein einjähriges Mädchen verloren hatte. Darin fand man einen Zettel, auf dem 20 Namen standen und darüber: „Liste meiner sämtlichen Verehrer.“ —

Table with 6 columns: Stationen, Barometerstand in mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur nach Celsius. Lists weather data for various stations like Swinemünde, Hamburg, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Sonnabend, 30. Januar 1897. Ein wenig wärmer, ziemlich trübe mit leichten Schneefällen und mäßigen westlichen Winden.

In Ausschreitungen kam es am Dienstag Abend während des Zapfenstreiches in Stettin. Halbwohliche Burschen plünderen einige Läden. Eine neue, sehr gefährliche und sehr ansteckende Thierkrankheit ist in zwei Ortschaften des Landberger Kreises in je einem Gehst ausgebrochen, die Vorna'sche Pferdekrankheit, eine Gehirn- und Rückenmarkentzündung.

tiefer und 15 Meter breiter Kanal projektiert, der die Verbindung Ungarns mit Bosnien um 400 Kilometer verkürzt. Die Kosten sind auf 4 Millionen berechnet. Der Bau soll im Frühjahr begonnen werden. Duelliert haben sich in Wien der ältere Bruder des Bulgarenfürsten und ein Premierlieutenant.

Folgende Parteipeditionen nehmen Abonnements auf den „Vorwärts“, Freie Stunden, Jakob und Postillon entgegen: Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Bruchstr. 30, Hof 1. - SO.: Fritz Thiel, Staligerstr. 35 v. part. - Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweberstr. 7, part. im Laden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14. - Gesundbrunnen: Wilh. Gahmann, Grünhaldenstr. 64. - Rosenthaler Vorstadt: Gustav Rosenthal, Wranseerstr. 6. - Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Kottbuser Allee 95/96. - Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Pechalozzistr. 27, Quergeb. part. - Rixdorf: Ostermann, Jägerstr. 70, II. - Schöneberg: Wilhelm Baumler, Belzigerstr. 59, Seitenflügel prt. - Johannisthal-Nieder-Schöne-weide: Otto John, Johannisthal, Friedrichstr. 57. Annahmestelle: Nieder-Schöne-weide: Karl Weber, Zigarrengeschäft.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Buchbinder! Montag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Feuerstein, Alte Jakobstr. 75: Branchen-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht und Renowal der Vertrauenspersonen. 2. Verschiedenes.

Kontobuch-Branchen! Montag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstrasse 16: Branchen-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Br. Pörsch über: „Parlamentarismus, Gewerkschaftsbewegung und Volksgesetzgebung“. 2. Bericht und Renowal der Vertrauenspersonen. 3. Verschiedenes.

Lederwaaren-Branchen! Montag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Roll, Adalbertstrasse 21: Branchen-Versammlung der Leder- u. Galanterie-Arbeiter u. Arbeiterinnen. Tages-Ordnung: 1. Was lehrt uns der Hamburger Hafnarbeiter-Streik? 2. Bericht und Renowal der Vertrauenspersonen.

Karton-Branchen! Dienstag, 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: Branchen-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht und Renowal der Vertrauenspersonen. 2. Verschiedenes.

Luxuspapier-Branchen! Dienstag, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein's unterem Saal, Alte Jakobstrasse 75: Große Versammlung sämtlicher in Luxuspapier-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vertrauensmannes. 2. Renowal der Vertrauenspersonen. 3. Die Beseitigung der Mißstände in den Luxuspapier-Fabriken. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen ersuchen Die Vertrauenspersonen.

Metallarbeiter! Montag, den 1. Februar cr., abends 8 Uhr, im Kößliner Hof, Kößlinerstr. 8: Öffentl. Versammlung. Tages-Ordnung: Der gegenwärtige Stand des Streiks in der Fabrik von Zimmermann & Buchloh und unsere weiteren Maßnahmen. 118/8. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Kollegen ist erforderlich. Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter. Otto Nothher, N., Kottbuserstr. 44.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Gemeinschaftliche Vertrauensmänner-Versammlung am Sonntag, den 31. Januar, vormittags 1/10 Uhr, bei Cohn, Beuthstrasse No. 21. Tages-Ordnung: 1. Wie stellen wir uns zu dem eigenmächtigen Verhalten zweier Mitglieder unserer Agitationskommission? 2. Das Aufheben von Kandidaten zur 3. Generalversammlung unseres Verbandes. 114/15. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es dringende Pflicht der Vertrauensleute, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Fachv. der Musikinstrumenten-Arbeiter. Montag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Henke, Naunynstrasse 27: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. P. Bernstein. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Ausgabe der Billets zu dem am 27. Februar cr. bei Schöneberg, Dasehahde, stattfindenden Radrennen. Um zahlreiches Besuch bitten Der Vorstand.

Achtung! Fliesenleger! Achtung! Sonntag, den 31. Januar, mittags 12 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstrasse No. 27c: Öffentliche Versammlung der Mosaik-Fliesenleger Berlins und Umgegend. Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Fliesenleger zur Gewerkschaft? 2. Diskussion. 3. Delegiertenwahl zur Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes. Zur Deckung der Unkosten findet Teilerhebung statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vertrauensmann.

Verband der Möbelpolierer. Nächsten Montag, abends 8 1/2 Uhr, in Rixdorf, Anesebeckstr. 118: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen C. Kurth über: Arbeiterschutz und Arbeiterschutz. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Werkstättenangelegenheiten. Die Kollegen werden ersucht, dafür zu sorgen, daß mindestens von jeder Werkstätte einige erscheinen. Der Vorstand.

Möbelpolierer Berlins u. Umgeg. Montag, den 1. Februar 1897, abends 8 Uhr, bei Wille, Andreassstr. 26. Öffentl. Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Kollegen zu dem von den kolonialorganisierten Gewerkschaften einzuberufenden Kongress? 2. Berufsangelegenheiten. 146/6.

Tegel. Öffentl. Volks-Versammlung für Männer und Frauen am Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 1 Uhr, im Lokale des Herrn Rabsam, Zehlstr. 7-8. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abg. Stadthagen über: „Politik und Presse“. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertrauensmannes für Tegel. 222/4. Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

Sonnabend, den 30. Januar cr., beginnt in unseren sämtlichen Ausschanklokalen der Anstich unseres ff. Bock-Bieres. 1/2 Liter 15 Pf., 1/4 Liter 8 Pf. Süddeutsche Brauerei Carl Kintz & Co. 9700*

Achtung! Für Wiederverkäufer. Roth-, Zwiebel- u. Mettwurst, 5 Pfd. gemischt à Pfd. 45 Pf. f. Leber-, Schlackwurst u. Salami, 5 Pfd. gemischt à Pfd. 75 Pf. Rohschneideschinken, à 8-15 Pfd. à Pfd. 80 Pf. Schinken in Brodteig gebacken, 5-6 Pfd. schwer, à Pfd. 65 Pf. J. A. Partenheimer, Berlin O., Kaiser Wilhelmstr. 19a.

Achtung! Künstliche Zähne von 3 R. an, Theils wöchentlich 1 R., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervenödien bei Befestigung umsonst. Guckel, Vanitgerplatz 2, Glasperstr. 12, Staligerstr. 71 I. Seiten, Regulatoren, Remontoirn, Uhren, Wäse, Anzüge, Hosen, Goldwa., Granatnackel kostbillig Handliche Kleiderstr. 6. Weltgeschichten. Brothaus, Meyer's Periton. Brehm's Thierleben, jedes wissenschaftliche Werk belehrt und faßt Verstand u. Antiquariat Rosenthalerstr. 11/12. Fernspr. III. 8535. Keel und billig kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hirschke, gegründet 1872, Staligerstr. 13. Cafe Admiralstr. am Kottbuser Thor.

Arbeiter-Bildungs-Schule. Sonntag, den 31. Januar 1897, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale der Nordschule, Brunnstrasse 25: Rede-Uebung (Fortschritts-Kursus). 1. Vortrag des Herrn: „Nutzen der Berufsvereine“. 2. Diskussion. Zur Theilnahme am Unterricht sind alle früheren Theilnehmer am Unterrichts-fach Rede-Uebung berechtigt, als Gäste sind ausserdem die übrigen Mitglieder der Schule willkommen. 5/8.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler. Ortsverwaltung Berlin F. Mitgliederversammlung am Montag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Rosin, Kuppnerstr. 42. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1896. 2. Bericht der Delegirten von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes. 183/5. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Verbandskollege, der Einseher Hermann Schmidt am 27. Januar am Herzschlag gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. Januar, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Perlebergerstr. 27 aus nach dem Neuen Johannis-Kirchhof bei Plohnsee statt. Um rege Theilnahme bitten 81/4 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerb. Arbeiter. Berlin D. C. H. Nr. 3, Hamburg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied Hermann Schmidt am 27. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am 31. d. M., nachm. 3 Uhr, von Perlebergerstr. 27, aus statt. Um zahlreiche Theilnahme bitten Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige. Den Parteigenossen des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises zur Nachricht, daß unser Genosse Martin Borrmann am 26. d. M., mittags, plötzlich infolge eines Schlaganfalles verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Reichenhülle des neuen Moabit Kirchhofs hinter d. Schützenhause aus statt. Ihre feinen Andenken! F. A.: C. Ludwig.

Todes-Anzeige. Am 28. Januar, abends 8 Uhr, verschied nach langem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Buchdrucker Emil Schikowski im Alter von 62 Jahren. 30076. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachm. 3 Uhr, von Vajanz-Bronnenhause, Bernauerstr., nach dem Elisabeth-Kirchhof, Prinzen-Allee, statt. Um stille Theilnahme bitten Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Todes-Anzeige. Den Parteigenossen, Kollegen und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau Bertha Weiz am 28. Januar an der Influenza verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. d. M., nachm. 2 Uhr, von der Reichenhülle der St. Marius-Gemeinde in Wilhelmshagen statt. Um stille Theilnahme bitten Der trauernde Gatte nebst Tochter. Josef Weiz, Tischler.

Wassersucht, Magenleiden, Asthma ist heilbar. Nach gratis durch F. Nardonskötter, Sudmühle, Weisfohn (Arzt. gr. Zeugnis.) Reinhold Streit Naunyn-Strasse 86 empfiehlt Freunden u. Bekannten sein Weiss-u. Balzschbier-Lokal. Vereinszimmer bis 50 Personen fassend, noch mehrere Tage frei.

Zur pünktlichen Besorgung des „Vorwärts“ für den Osten Berlin und der Vororte empfiehlt sich die Zeitungs Expedition von Carl Bohn, Frankfurter Allee 135

Lanolinseife! macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefern ich 10 Pf. p. Woche. Hamburg-Berlin: Just. L. Figner, Neue Königstr. 17. Fernspr. Amt VII. Nr. 2087.

Künstliche Zähne. H. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. 7. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Musikinstrumente aller Art. Vortheilhafte Bezugsquelle. Garantie. Illust. Pracht-Katalog 112 Seiten portofrei. G. Schubert & Co. Berlin SW., Beuthstr. 17, I. (Rein Laden) 9828*

Frische Grätzwurst jeden Sonnabend, à Pfd. 60 Pf., hoch. Thür. Rothwurst 65 Pf. u. empfl. Platz, Beuthstr. 17, Marktstr. 35. Jede Uhr repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie 6. Gutgehens nur 1 Mark 50 Pf. außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Binocles. Carl Lux, Uhrmacher, 35 Chaussee-Strasse 35.

Achtung! Kein Laden. Nur eigene Fabrikation, 25 Cigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabak. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pf. H. F. Dinslage, Kottbuserstr. 4. Hof parterre. Cumpf, allen Freunden u. Bekannten mein Wohl- u. Bairisch-Blair-Total. Vereinszimmer W. Jeps. Blauer 22a.

Möbl. Zimmer sep. 10 M. Postenerstr. 32, Hof links p. Pfd. möbl. Schlafz. f. 8. Mantelkofferstr. 50, v. 1 Tr. r. 30056

Möbl. Zimmer, 9. 10 M. Raunynstr. 21 III, Bergsch. 300028 Ein Weib- u. Vorort-Weibschli mit Grünraum ist sofort veräußlich. Näheres Wollmerstr. 8. 29976

Prinzstr. 105, v. 4 Tr., 6. Etage Schlafstube mit sep. Eing. 29968 Schlafstube f. Herren Raunynstr. 90, v. 3 Tr. bei Beul. 30048

Arbeitsmarkt. Deutscher Holzarbeiter-Verband. Die Lohnhöhen in der Werkstatt von Fahrmann in Rummelsburg sind erledigt; es werden die bisherigen Preise weitergezahlt. 81/5 Die Ortsverwaltung.

Achtung, Metallarbeiter! Der Ausstand bei der Firma Zimmermann u. Buchloh, Wollmerstr. 8, sowie bei der Gesellschaft „Fabrikpreis-Anzeiger“, Gögelsbergerstr. 25, dauert unverändert fort. Zugang ist fernzuhalten. 112/1 Der Vorstand des Verbandes aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins.

Drahtarbeiter!! Tüchtige Drahtarbeiter, die selbständig arbeiten können, möglichst Reifungsdipl., werden bei sehr gutem Lohn für Hamburg gesucht. Meldungen bei L. J. Meyer, Steinstr. 60, Hamburg.

Kurbelhepper u. Stepperinnen verlangt bei hohem Lohn David Riese, Jägerstr. 25.

Strickerin für Maschine, dauernde Beschäftigung, verlangt Lohfener, Friedrichstr. 231. 29956

Korbmacher! Einem Theile unserer heutigen Auflage liegt ein Prospect des Waarenhauses Bürgerliches Kaufhaus G. Gerstel, SW. Belle-Alliancestr. 106, bei.

Literarische Rundschau.

Göttinger Arbeiterbibliothek. Erster Band, 1896, Göttingen. (Heft 1: Jesus als Volksmann von Pfarrrer Raumann; Heft 2 und 3: Die Börse von Professor Dr. Max Weber; Heft 4: Bodenwucher und Baupfandanten von Pfarrrer Lehmann; Heft 5: Von der Bauwirtschaft zur Welt Herrschaft von Pfarrrer Wenl; Heft 6: Gesunde Wohnungen von Dr. Ruprecht; Heft 7: Die Genossenschaftsbewegung der englischen Arbeiter von Professor v. Schulze-Gävernich; Heft 8: Schöpfung und Entfaltung der Welt von Dr. Riehm; Darwinismus und Christentum von demselben; Heft 10: Die Sozialdemokratie in der großen französischen Revolution von Professor Hans Delbrück. — Vom zweiten Band sind bisher erschienen: Heft 2 und 3: Arbeitszeit-Verfälschung und Achtstundentag von Th. Traub, und Heft 4 u. 5: Die Börse (Schluß) von Max Weber. — Preis des Heftes 10 und 20 Pf.

Sombart: Ideale der Sozialdemokratie im Januarheft von Heinrich Braun's „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“.

Von der Göttinger Arbeiterbibliothek, die der bekannte Pfarrrer Raumann in Verbindung mit Vertretern der evangelischen Arbeitervereine seit einigen Jahren herausgibt, ist im Vorjahre der erste Sammelband erschienen. Die kleinen, ein oder zwei Bogen starken Broschüren, die in ihm vereinigt sind, verdienen auch außerhalb der engen evangelisch-sozialen Zirkel Beachtung.

Bei aller Knappheit ist die Darstellung der behandelten Fragen doch lebendig und gemeinschaftlich und in mancherlei Hinsicht wohl geeignet, nützliche ökonomisch-politische Kenntnisse in weiten Volkstreffen zu verbreiten.

Was den allgemeinen Standpunkt und die Tendenz betrifft, so tritt das Evangelische, die Beziehung zum Christentum in den meisten Schriften völlig zurück, wenn man etwa von einigen Nebenwendungen absteht. Das aus der Bibel, die unter total anderen gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen entstand, sich nicht unmittelbar ein ökonomisch-politisches Programm für die Gegenwart entnehmen läßt, ist selbstverständlich und wird auch von den Vertretern der evangelisch-sozialen Richtung mehr und mehr anerkannt. Es konnte sich also vernünftigerweise für sie nur darum handeln, gegenüber der Sozialdemokratie, welche die Religion als bloße Fiktion erklärt, die sozialen Reformbestrebungen in irgend eine allgemeinere Beziehung zur christlichen Ethik und zum christlichen Gottesglauben zu setzen.

Die neue, Raumann's Führung unterstehende Gruppe, die sich im vorigen Herbst in Göttinge konstituierte, nennt sich denn auch bezeichnenderweise nicht mehr christlich-sozial, sondern „national-sozialer Verein auf christlicher Grundlage“. An stelle des „christlichen“ Momentes wurde das „nationale“ als wichtigstes Unterscheidungsmerkmal gegenüber der internationalen Sozialdemokratie hervorgehoben. In dem vom Erfurter Kongresse angenommenen Grundgedanken wurde, wie Sombart sagt, die christliche Weltanschauung als der Weltanschauungs-Hintergrund aller national-sozialen Arbeit, als die maß- und tragende Bestimmung für alle National-Sozialen, die Erhaltung und Vergrößerung der nationalen Macht und Kraft nach innen und außen als das einzige Ziel und Ideal, grundlegend, wirklich durchgreifende soziale Reformen aber als das hauptsächlichste Mittel zur Verwirklichung dieses Zieles gewonnen. Da die „Grundlinien“ ausdrücklich für eine „angemessene Vermehrung der deutschen Kriegsstärke, sowie für Erhaltung und Ausbau unserer Kolonien“ eintreten und die „Machtentfaltung der deutschen Nation nach außen als die Vorbedingung aller größeren sozialen Reformen im Innern“ erklären, also militärische Fortentwicklung des Deutschen Reiches auf der gegebenen Basis proklamieren, mühte allerdings schon deshalb die „christliche Weltanschauung“ in den Hintergrund und zwar, um mit der preussisch-deutschen Völkchen nicht allzuweit zu kollidieren, in einem recht engeren, recht bescheidenen Hintergrund abzurufen. Statt Hintergrund könnte man vielleicht passender schon „Dekoration“ sagen. Pfarrrer Raumann, der im ersten Heft seiner Arbeiterbibliothek Jesus so warm als friedbringenden Menschenfreund gefeiert hat, sollte in einem der späteren Hefte als angemessene Ergänzung hierzu doch auch die innere Wesensgemeinschaft behandeln, die zwischen der Friedenspolitik des Nazareners und einer militärisch-nationalen Politik im Bismarck'schen Stile besteht. Das wäre außerordentlich interessant und belehrend.

Die Raumann'sche Schrift „Jesus als Volksmann“ und zwei Aufsätze von Dr. G. Riehm über „Entfaltung und Schöpfung der Welt“ und über „Darwinismus und Christentum“ sind unter den bisher erschienenen Arbeiten der Göttinger Bibliothek die einzigen, die den christlichen Standpunkt in prinzipieller Weise vertreten. Der Volksmann Jesus wird von Raumann mit Kraft und Klarheit geschildert. Das Bild, das er von Jesus entwirft, deutet sich mit der Auffassung Tolstoj's; zu der kirchlich-offiziellen Überzeugung, die in der Lehre von der durch Gott eingesetzten Obrigkeit und Gesellschaftsordnung gipfelt, steht es in schneidendem Gegensatz. Raumann's Jesus ist der wirkliche unerschütterte Jesus, auf den so viele, auch sozialistische Weltverbesserer sich von je berufen haben. — „Mein Herr Jesus, heißt es bei Raumann, die Menschen nennen Dich ihren Herrn, weil sie denken, daß Du schon lange tot bist; wenn Du aber heute in Berlin, oder in Frankfurt, oder sonstwo aufträtest würdest, wer weiß, ob man nicht wieder spräche: Dieser Verführer! ... Ich glaube, er würde viel Noth haben, er würde auch eines Tages im Gefängnis unter seinen geringsten Wächtern sitzen.“ Und dann an einer anderen Stelle: „Die gewalttätige Rede, die Jesus gehalten hat, ist seine Darstellung des Weltgerichtes (Matth. 23, 31-46). Wonach wird die Welt gerichtet? Nicht nach Dogmen, nicht nach Konfessionen, sondern nach ihrem Verhalten zur Armuth. ... Ein Zeitalter, das sie nicht speiste, beherbergte, kleidete, besuchte, ein solches Zeitalter gehört in das ewige Feuer. ... Wer die Armen verachtet, verachtet Jesus, mag er Mönch oder Bischof oder Prediger sein. Christentum ist Armenhilfe. ... Aber Armenhilfe ist etwas anderes als Almosen. ... Wer die Zeit mit Stiftungen und Armenhäusern heilen will, gehört noch ins Mittelalter. ... Weder das Wunder noch das Almosen sind unsere Mittel.“ Das sind Worte ehrlicher, innerer Bewusstheit.

Die Menschenliebe Jesu, die in seiner Liebe zur Armuth am leuchtendsten hervortritt, hat zweifellos noch heute etwas Begeistertes. Den Sozialisten kann es nicht einfallen, das zu leugnen. Aber jede höhere Beziehung zwischen den modernen, auf die materielle Befriedigung der ausgebeuteten Klassen hinielenden sozialen Reformbestrebungen und der evangelischen Lehre fehlt. Der Gedanke des Klassenkampfes und der durch Klassenkampf fortschreitenden Gesellschafts-Entwicklung, von dem die soziale Bewegung der Gegenwart völlig durchdrungen ist, liegt gänzlich außerhalb der Denkweise Jesu, ja er steht in unvermitteltem scharfen Kontrast zu ihr. Darum ist auch die Verbindung des Sozialen mit dem Christlichen, wie sie von den Evangelisch-Sozialen vertreten wird, eine recht äußerliche. Die Grundbegriffe, mit denen sie wohl oder übel, wenn sie überhaupt sozial sein wollen, arbeiten müssen, sind auf einem ganz anderen

als dem evangelischen Boden erwachsen und drücken dem gesamten Weltanschauungs-Hintergrund bereits einen sehr wenig christlichen Stempel auf. Das „Evangelische“ reduziert sich schließlich darauf, das auf die Evangelien als subjektive Erbauungsquelle hingewiesen wird. Es kann auch gar nicht anders sein, sollen anders die handgreiflichsten Axiome verstanden werden. Was dabei herauskommt, wenn man die Grundgedanken nicht der modernen Auffassung, sondern wirklich den Evangelien entnimmt, läßt sich am deutlichsten bei einem so ehrlichen und konsequenten Christen wie Tolstoj sehen, der an stelle des Klassenkampfes das christliche Nichtwiderstreben dem „Nebel“, an stelle der Entfaltung einen gottseligen Stillstand, an stelle der fortschreitenden, alles umwälzenden Industrie das Beharren im dumpfen, aber an Resignationstugenden reichen Bauerntum setzen möchte. Ein Schriftsteller kann solchen Gedanken nachhängen, eine soziale Partei würde heute ihr Lebensziel aussprechen, wenn sie in diesem Sinne mit dem christlichen Geiste Ernst machen wollte.

Ebenso bleibt die Anknüpfung an den christlich-biblischen Standpunkt, die Riehm in seinen Aufsätzen über „Schöpfung und Entfaltung der Welt“ und über „Darwinismus und Christentum“ versucht, im Neuen Testamente zu finden.

Die Darstellung der neueren naturwissenschaftlichen Lehren in diesen beiden Broschüren ist sehr klar und anschaulich, um so mehr fallen die christlichen Schlussfolgerungen gegen das Vorübergehende logisch ab. Selbstverständlich, die letzten Weltanschauungen, soweit wir heute das Vermögen des menschlichen Verstandes überschauen, keine Naturwissenschaftsfiktion. Die komplizierten Vorgänge in der Welt auf einfache Vorgänge, sogenannte Gesetze, zurückzuführen und das Gewordene in der Natur aus früheren Naturzuständen zu erklären, das sind die Aufgaben, aber auch die Grenzen jeder Naturerkenntnis, während die unerfäßliche, hochstehende Fragestellung des Menschen über diese und alle Grenzen notwendig weit hinaus-schweift: Was ist der Grund der Naturgesetze? Hat die Welt einen Anfang? Woher die scheinbare Zweckmäßigkeit in den Bewegungen der Materie u. s. w. u. s. w.?

Herr Riehm weist an der Hand dieser ungelösten Fragen seine Leser aber nicht auf die Grenzen menschlichen Wissens hin, sondern deinstreitig darauf, daß die Bibel, wenn auch ihre Schöpfungsgeschichte keine Autorität beanspruchen kann, in der Hauptsache, darin nämlich, daß Gott alles geschaffen und angeordnet, durchaus Recht habe, wie der christliche Offenbarungsglaube es verlangt. Wenn wir nun sehen, daß die Naturgesetze der Variabilität, Vererbung, natürliche Zuchtwahl und wie sie alle heißen, eine so sinnvolle Wirkung haben, wie es die Erzeugung des flinken Pferdes oder des flügge wandten Vogels ist, so muß doch wohl jemand (!) sie so vernünftig eingerichtet und angeordnet haben, und zwar jemand, der den Zweck gehabt hat, diese Tiere so und nicht anders werden zu lassen. Wer das ist, das sagt uns freilich die moderne Naturwissenschaft nicht, sondern das gerade sagen uns die Schöpfungsberichte der heiligen Schrift. Also wo die Naturwissenschaft nicht hinreicht, da hat die Bibel mit ihren naiven patriarchalischen Gottvorstellungen einzutreten!

Weshalb aber gerade die biblischen und nicht vielleicht irgend welche anderen Vorstellungen? Hier verfährt bereits die Verurteilung auf das vernünftige Nachdenken; die Berufung auf die „geoffenbarte“ Wahrheit muß an stelle der Vernunft treten. Es ist indessen klar, daß die evolutionistische Weltanschauung doch nicht nur das Reich der Natur, sondern ebenso das der menschlichen Gesellschaft, also auch das gesellschaftliche Vorstellungsleben, mithin auch die religiöse Gedankenwelt umspannen will. Wie wäre es ihr ohne intellektuellen Selbstmord möglich, vor dieser Schwelle etwa Halt zu machen und was dahinterliegt als ein jenseitiges geheiligtes Reich der Wunder- und Offenbarungen gläubig anzunehmen? Selbstverständlich kann ihr also auch die Bibel, ebenso wie die „heiligen“ Schriften anderer Völker und Zeiten nur als der natürlichen, psychologisch und sozial bedingte Gedankenabdruck einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstufe gelten. Wer aber die Bibel nicht in dieser unbefangenen Weise betrachtet mag, sondern, aus dem Strom des gesellschaftlichen Lebens sie heraushebend, in ihr die gottbesungene laute Wahrheitquelle, die „Offenbarung“ sieht, der sollte auch offen erklären, daß er mit diesem Glauben, ohne den seine Gottesvorstellungen ihre ganze geschichtliche Bestimmtheit verlieren, sich in prinzipiellen Widerspruch mit der ganzen evolutionistischen Weltanschauung setzt. Hier ist der Punkt, wo die natürliche, keine bindende Autorität anerkennende Entwicklungslehre und die Fundamente des Christenglaubens, die beiden Momente, welche Herr Riehm unter Berufung auf die Grenzen des naturwissenschaftlichen Erkennens oberflächlich versöhnen möchte, unversöhnlich auseinanderklaffen. Es kann kein Zweifel sein, daß mit steigender Bildung und wissenschaftlicher Aufklärung die Grundgedanken der Entwicklungslehre in immer breiteren Massen logisch zwingende Gewalt erhalten und den widerstrebenden christlichen Offenbarungsglauben, der von den Evangelisch-Sozialen der Sozialdemokratie entgegengehalten wird, in steigendem Maße verdrängen werden. Ob damit freilich die Grundlagen aller religiösen Empfindungs- und Gedankenlebens, nicht nur die des auf biblische Autorität gestützten Glaubens völlig untergraben werden, ist eine andere Frage. Hier haben wir es nur mit dem biblisch-geoffenbarten Gott der Evangelisch-Sozialen zu thun, dem Gott, von welchem Herr Riehm den geknechteten Arbeitermassen zu erzählen wagt, daß er „auch deine und meine Wünsche und Gebete vorhergesehen und vorher berücksichtigt und alles so eingerichtet hat, wie es für dich und mich gut ist“!

So wenig wie der evangelische Jesus, so wenig sagt sich, daß ist klar, dieser biblische Gott in das moderne Bewußtsein und die sozialen Tageskämpfe ein.

Im übrigen tritt, wie bereits gesagt, der spezifisch christliche Standpunkt in den Schriften der Göttinger Arbeiterbibliothek sehr zurück. Der Inhalt ist recht mannigfaltig. Als „sozial“ im engeren Sinne des Wortes sind die Broschüren von Ruprecht: „Gesunde Wohnungen“, von Lehmann: „Bodenwucher und Baupfandanten“ (ganz instruktive Ausführungen, die aber in völlig unzureichender Weise auf die Bedürfnisse der Arbeiterklasse abzielen), von Schulze-Gävernich: „Die Genossenschaftsbewegung der englischen Arbeiter“, und von Traub: „Arbeitszeit-Verfälschung und Achtstundentag“ hervorzuheben. Traub stellt die Argumente für die Nothwendigkeit einer Arbeitszeit-Verfälschung übersichtlich zusammen und schließt mit der Forderung eines nach den verschiedenen Gewerksarten abgestuften Normalarbeitstages: Keine Berufsarbeit soll über 10 Stunden dauern, keine schwere Berufsarbeit (und dies werden die meisten industriellen Arbeiten sein) über 8 Stunden, besonders schwere und unmittelbar gesundheitsgefährliche nicht über 6 Stunden. Die beiden historischen Vorschläge von Bentl: „Von der Bauwirtschaft zur Weltwirtschaft“ und von Hans Delbrück: „Die Sozialdemokratie in der großen französischen Revolution“ laufen nach einer interessanten und lehrreichen Darstellung gleich der Lehmann'schen Schrift, in sehr verschwommene Schlussfolgerungen aus. Ganz unklar bleibt z. B., was Bentl von der Weltwirtschaft, die er sich als eine erstkommende (!) Stufe des wirtschaftlichen Lebens vorstellt, für die von ihm verlangte „gerechte Güterverteilung“ erwartet. Und Delbrück, der den Unterschied zwischen den Jakobinern und der modernen Sozialdemokratie klar hervorgehoben, kann sich zum Schluß nicht verlagern, der durchaus realpolitisch ge-

sinnten Sozialdemokratie die Robespierre'sche Schwärmerie, welche auf einen tugendhafteren Menschen rechnet, als er in Wirklichkeit existiert“, zu unterscheiden. Darauf folgt dann noch eine Apothekose des „sozialen Königthums“ und der deutschen Sozialpolitik!

Frei von aller Verschwommenheit, dabei aber auch ohne jeden Funken „evangelisch-sozialen“ Beiges, sind die beiden Doppelhefte, in denen der Freiburger Professor Max Weber die Börse, ihre Organisation, ihren Zweck und die Formen des Börsenverkehrs behandelt. Diese Arbeit fällt eine große Lücke auch in der sozialdemokratischen ökonomischen Aufklärungsliteratur aus. Trotz oder vielmehr wegen des überall konsequent festgehaltenen kapitalistisch-nationalen Standpunktes können wir die Weber'sche Arbeit allen Genossen, welche sich über die Börse, dieses jetzt wieder besonders lebhaft gescholtene onkane torrisse der kapitalistischen Volkswirtschaft, unterrichten wollen, aufs wärmste empfehlen. Weber, der das von der Börsenquete-Kommission zu tage geförderte Material an anderer Stelle verarbeitet hat, beherrscht seinen Stoff vollkommen, die Darstellung ist ebenso gedrängt wie lichtvoll, nur entbehrt sie leider, was die Uebersicht erschwert, der Zertheilung in einzelne Abschnitte und Kapitel. Besonders gelungen vom kapitalistisch-nationalen Standpunkte aus ist die Behandlung des Terminhandels, seiner inneren Gründe und der mit ihm verflochtenen Interessen. Der Verfasser spielt in bewusster Weise das „nationale“ gegen das christlich-ethische Interesse aus. „Eine starke Börse, so schließt er seine Ausführungen, kann eben kein Klub für „ethische Kultur“ sein, und die Kapitalien der großen Banken sind so wenig „Volkshilfsanstalten“ wie Hinten und Ramonen es sind. Für eine Volkswirtschaftspolitik, welche diesseitige Ziele erstrebt, können sie nur ein Feind: Machtmittel im ökonomischen Kampfe. Sie... hat die Pflicht, in letzter Linie darüber zu wachen, daß sonstige Interessenten oder weltfremde Apostel des ökonomischen Friedens nicht die eigene Nation entwaschen.“

Dieser kapitalistisch-nationale Standpunkt der Börsenvertheidi-gung stimmt mit den kolonialpolitisch-militärischen Proklamationen der „Erfurter Grundlinien“ ganz ausgezeichnet zusammen. Wie er sich aber mit dem evangelischen Christentume, das nach eben derselben Erfurter Erklärung „im Mittelpunkt des geistigen und sittlichen Lebens unseres Volkes steht“, verträgt, wird wohl für alle Zeiten ein Geheimniß Raumann's und seines „national-sozialen Vereins“ bleiben.

Indessen scheint doch die reale Entwicklung den neuen Verein in ganz gesunde Bahnen zu drängen. Wie das christliche Interesse durch das nationale, so scheint auch dieses mehr und mehr durch das soziale Interesse, als oberste Instanz, in den Hintergrund geschoben zu werden. Christentum und Nationalismus sind immer willkommenes Unterscheidungsmerkmal gegenüber der bürgerlich unrespektablen Sozialdemokratie, aber es sind zugleich traditionelle Feldzeichen, welche die Raumann'sche Richtung mit anderen bürgerlichen Parteien gemein hat. Bedeutung kann ihr nur zukommen durch das, wodurch sie sich vom Bürgerthum scharf zu unterscheiden vermag, also durch ein energisches Eintreten für die Interessen des Proletariats. So kann die neue Gruppe, wenn auch innerhalb engerer Grenzen, fruchtbarere Propaganda treiben.

Die Zeit, das Organ des „national-sozialen Vereins“, zeigt deutlich diesen vernünftigen Entwicklungsgang. Der publizistische Tageskampf für die gewerkschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse, nicht aber christliche oder nationale Bestrebungen sind es, die mehr und mehr ausschließlich ihr den Stempel aufdrücken. Der Traum des „sozialen Königthums“, und was von solchen Sentimentalitäten darum und daran hängt, scheidet an dem harten Gefüge der Wirklichkeit.

Eine der Vorfragen, welche die Christlich-Sozialen aller Schattierungen sich hätten vorlegen müssen, ist die Frage, welche Rolle dem Ethik und Religion den Idealen der Sozialpolitik gegenüber spielen, ob die christlich-ethische Annahme, daß solche Ideale aus ethisch-religiösen Allgemein-Vorstellungen rechtmäßig hergeleitet und begründet werden können, prinzipiell zutrifft? Sombart behandelt dies Problem sehr interessant in dem Januarheft des „Archivs für soziale Gesetzgebung und Praxis“. Mit Recht bezeichnet er als einen reaktionären Grundzug aller „ethischen“ und der weiten christlichen Oekonomie „die instinktive Angst vor großkapitalistischer Entwicklung und die Vorliebe für alle kleinwirtschaftlichen Formen: kleine Bauern, kleine Handwerker, kleine Hausindustrielle u. s. w.“ da ja eben die überlebende Ethik auf dem ökonomischen Boden solcher primitiven Betriebsformen sich entwickelt hat. Diese instinktive Angst, die doch am wirklich ökonomischen Verlauf nichts wesentliches ändern kann, entbehrt natürlich jedes klaren sozialpolitischen Prinzips, ist auf „Obstruktion“ gerichtet, und hat als ethische Wirtschaftspolitik „die eingeborene Tendenz zur Verfahrenheit, zur Planlosigkeit, zur Kasuistik, zur Augenblickspolitik, zum Eklektizismus“. Sombart vertritt solcher Politik der ethischen Reminiscenzen gegenüber eine einheitliche Sozialpolitik, die ihre Ideale aus ihrem eigenen Gegenstande, dem wirklichen sozialen Leben mit seinen Bedürfnissen, entnimmt. Eine solche Sozialpolitik muß dann aber bei der Gegenwärtigkeit der Klasseninteressen unabwendlich „Klassenpolitik“ sein. Es frage sich dann weiter, welche soziale Klasse, welches Wirtschaftssystem soll von der wohl verstandenen Sozialpolitik begünstigt werden? Er antwortet: Diejenige soziale Klasse, welche den ökonomischen Fortschritt und damit die Entwicklung der „Produktivität“, deren höchstmögliche Steigerung das immantente Ideal jeder zielbewußten Sozialpolitik sein muß, repräsentiert. Die Abweisung der sich „ethisch“ oder auch „christlich“ nennenden ökonomischen Kasuistik und die Fixierung der Sozialpolitik als Klassenpolitik entspricht durchaus dem sozialistischen Gedankenkreise. Indessen scheint uns ein Produktivitäts-Ideal, das gewissermaßen als selbständiges, von den Klasseninteressen losgelöstes Ziel der Sozialpolitik vorzuziehen, eine Fiktion zu sein. Kapitalismus und Arbeiterethik, beide sind heute z. B. für rasche Entwicklung der produktiven Kräfte, verlangen aber selbstverständlich je nach ihrem Klassencharakter eine ganz verschiedene Sozialpolitik. Wie sollte sich nun eine selbständige Sozialpolitik, der das Produktivitäts-Ideal als höchstes Ziel vorschwebt, in diesem Dilemma anders als eben wieder nach den Klasseninteressen, denen sie zuneigt, entscheiden?

Die Produktivität an sich ist doch gar kein selbständiges Ziel, ihre Bedeutung kann daher immer nur gemessen werden als Mittel für die Lebenssteigerung und die wirtschaftlichen Lebensziele gewisser Klassen, so daß das Produktivitäts-Interesse in das Klassen-Interesse ausmündet und dieses wie die erste so die letzte Instanz für alle Ideale der Sozialpolitik bleibt. Eine Verfestigung des Produktivitäts-Ideals erscheint uns ebenso unmöglich, wie etwa die Raumann-Böhrsche Verfestigung des nationalen Macht-Ideals gegenüber den Klasseninteressen der in der Nation vereinigten Gesellschaftsglieder.

Bis 10 Uhr abends geöffnet!

Meinen Freunden, Gönnern und dem geschätzten Publikum des Ostens die ergebene Mittheilung, daß ich

heute Sonnabend mein 3. Kaufhaus Grüner Weg 31 eröffne.

(Ecke Andreasplatz)

Jacques Raphaëli Berlin, Spandauer Brücke 2. Potsdamerstr. 106a, Ecke Steglitzerstrasse.

Hente Sonnabend: Eröffnung des III. Kaufhauses, Grüner Weg 31, Ecke Andreasplatz, gegenüber der Markthalle.

Verkauf von Cigarren, Schuhwaaren, Herren- und Knaben-Garderoben und Hüten.

Auf meine am Sonntag erscheinende ausführliche große Offerte weise den freundlichen Leser hin.

Wochentags bis 10 Uhr abends und Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.

Bis 10 Uhr abends geöffnet!

Theater.

Sonnabend, 30. Januar.
Oberhaus. Die Afrikanerin.
Schauspielhaus. Doktor Haus.
Deutsches. Die verbannte Gode.
Berliner. Faust.

Nachm. 1/2 Uhr: Kischenbrödel.
Besetzung: Los Demi-Vierge.
Weisen. Unsere Frauen.
Renes. Marcelle.
Meidens. Die Frauenjäger.
Unter den Linden. Blatte Bursche.
Kund um Wien.

Central. Eine tolle Nacht.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Postvogel.

Thalia. Jean Lieutenant.
Belle-Alliance. Adam und Eva.
Schiller. Mit Vergnügen.
Alexanderplatz. Eine pikante Ehe.
Cfend. Der Walzerkönig.
Vardie. Gewissens.
Voll's. Robert und Bertram.
Passage-Panoptikum. Traumbilder.
Spezialitäten.
Nyoko. Spezialitäten.

Belle-Alliance-Theater

Volks-Vorstellung
unter Regie von Julius Türk.
Sonntag, den 31. Januar, nachmittags
3 Uhr: Auf vielfaches Verlangen:
Don Carlos.
Eintrittskarten à 50 Pf. sind in
den bekannten Kassenstellen zu haben.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr: Mit
Vergnügen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Die Stützen
der Gesellschaft. — Abends 8 Uhr:
Der Schierling. Die Komödie
der Irrungen.

Central-Theater.

Wie Jakobstr. 30. Dir. Rik. Schall.
Sonnabend, den 30. Januar cr.:
Emil Thomas a. G.
Sam. 310. Male:
Eine tolle Nacht.

Thalia-Theater.

(vormals Adolph-Gruß-Theater).
„Jean Lieutenant.“
Besetzung in drei Akten von Paul
Fertier und Antony Ward.
Deutsch von Hermann Hirschel.
Musik von G. Serrette und H. Roger.
Morgen und folgende Tage: „Jean
Lieutenant.“
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Trifby.

Friedrich-Wilhelmst. Theater.

Der Postvogel.
Volksstück in 5 Akten v. Max Kreyer.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Die
Waise von Solwood. Schauspiel
in 3 Akten und 1 Vorspiel nach dem
gleichnamigen Roman von Charlotte
Bach-Pfeifer. Abends 8 Uhr: Dorf
und Stadt.
Willeh, ohne Vorbestellgebühr,
schon 3 Tage vorher an der Theaterkass
zu haben; außerdem in Ju
valdendank, Unter den Linden 24, bei
Paul Kometz, Leipzigerstr. 6, und
Julius Vengerfeld, Marktgrabenstr. 10.

Alexanderplatz-Theater.

Sam. 1. Male: Eine pikante Ehe.
Pöffe mit Gefang in 4 Akten von
Gugen Prubens.
Sonntag, nachm. 4 Uhr, zum ersten
Male: Kischenbrödel. Zauberm
wunder mit Gefang und Tanz in
6 Bildern von Volter-Büders.
Sonntag Abend und die folgen
den Tage: Eine pikante Ehe.
Pöffe mit Gefang in 4 Akten von
Gugen Prubens. — Bonus, auch die
zu anderen Stücken angegeben sind,
behalten ihre Gültigkeit.
Willeh, ohne Vorbestellgebühr, sind
schon 3 Tage vorher an der Theaterkass
zu haben.

Feen-Palast, Burg.

Winkler & Fröbel.
Nur noch bis Sonntag
das reichhaltige
Januar-Programm
Sonntag leitet Musikern des ge
samten so erfolgreichsten
Künstler-Personals.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. Referat 50 Pf.
Am 1. Februar durchweg
neue Spezialitäten.

Urania, Tauben-Strasse

No. 48-49.
Naturhistorische Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte

Jugendtheater 57/62
Lehrer Stadtbahnh
hof. Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab
50 Pf. Im Theater: Saale täglich
8 Uhr abends Vorträge, mit Exper
imenten u. gr. Lichtbildern ausgeh
altet. Näheres die Tagesausgabe.

Passage-Panopticum.

Vom 23. d. M. ab:
Affen-Theater
und Zirkus.
Vorstellungen
um 5 und 7 Uhr.

Castan's Panopticum.

Die beiden
indischen
Pygmäen
die kleinsten
Menschen der Welt!
Damen-Wettschwimmen.

Werestochagin-Ausstellung

Napoleon I in Russland 1812
Altes Reichstags-Gebäude
4 Leipzigerstr. 4.
Eröffnung 1. Februar.
Entrée 50 Pf.

Alcazar

Variété und Spezialitäten-
Theater 1. Rang.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Hannenstr. 42/43.
Neu! Mutter Anton. Neu!
Große Bauernpöffe mit Gefang und
Tanz in 1 Akt.
Besetztes Wochenprogramm im Januar!
Germ. Wehling, Tanzmeister. Lotte
Viger, Bravour-Altsitz mit 50 dres.
Katten. Max Alfredo Neg, Salon-
Humorist. Ernst Kühne als Rep
retier Franzose. Brothers Khoras,
musikalische Komms ohne Konkurrenz.
Freiheiten haben Gültigkeit.
Am 1. Februar durchweg
neues Programm.
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. R. Winkler.

Circus Renz

Karlstrasse.
Jubiläum. Saison 1896/97.)
Sonnabend, 30. Januar 1897:
abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
Aufführung der Novität!
Durchschlagender Erfolg!
Aus der Mappe
eines
Riesengebirgs-Phantasten.

Concordia Variété-Theater

Brunnenstr. 154.
Täglich: Grosse Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Das beste Programm d. Nordens.
u. a. Weidw. Carré, brillante
Tappel-Jongleure.
Mira Barrmann, die feine Soubr.
Dito Duddel, gefüllt nach wie vor.
Neu einstudiert:
Bomben und Granaten. Pöffe.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Umlauf-Billets haben Gültigkeit.

Schulz' Festsäle, vorm. Paster

Neue König-Strasse 7.
Jeden Donnerstag: 8022
Damen-Kränzchen.
Jeden Sonntag:
= Großer Ball. =
Berelndimmer. Saal für Veram
lungen frei. Ed. Schulz, Gastwirt.

Ostend-Theater.

Vt. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weh.
Der Walzerkönig.
Gefangs-Pöffe in vier Akten von
Kannhädt. Musik von G. Steffend.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Der
Walzerkönig. Sonntag, nachmitt.
3 Uhr: Der deutsche Michel.

Volles-Theater

31 Reichendergerstr. 31
nahe dem Kottbuser Thor.
Bei dem anhaltenden Nachstürme:
Abendstück 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Robert und Bertram
Große Gefangspöffe in 4 Akten
von G. Rader.
Robert: G. Reiter. Bertram:
R. Conrad. Pöffe: Präulein
Senden. Jodelmeier: Herr
Kugus Keiff. Jod: Herr
Broder. Strambach: Herr
Michter. Hndre: Fel. Eitte
Vendit.
Entrée 50 Pf. bis 3 M.

Lumpe-Gastspiel

Parodie-Theater
Cranienstr. 52.
Jeden Abend 8 Uhr die Novität:
Genovese, Platzgrün am Rhein,
oder: Was schwer geprüfetes Frauen
berg. Großes Ritterdrama in 5 Akten.
Morgen, Sonntag:
Konzerthaus Sanssouci,
Kottbuser Strasse 4a.
Stettiner Sänger
(Weysel, Pietro,
Britton, Sieidl,
Krone, Köhl und
Zhrader).

Circus Buseh.

Bahnhof Börse.
Sonnabend, den 30. Januar 1897,
Abends 7 1/2 Uhr:
Das Tagesgespräch von Berlin.
Nach Sibirien.
Besondere Ausstattung. Noch in
keinem andern Circus gewagte
einfache Effekte.
Anßerdem: 4 ungar. Amazonen.
Der sensationelle Sprung über einen
Vandauer mit Anlösen. Wagenritt.
Der gr. u. der kl. ungar. Hippolog.
Vesperri v. 14 Hühnerdengeln, drei
u. vorgef. v. Dir. Busch. Willgator,
schr. Hengst, und der ung. Wüch
sthengst Vator als Vencadur, drei, u.
ger. v. Herrn Joistit-Burgardt.
Vorzüglich Klown. Spezialitäten
ersten Ranges.
Morgen: 2 Vorstellungen. Nach
mitt. 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren
frei): Hndens. — Abends 7 1/2 Uhr:
Nach Sibirien.

Schippanowsky's

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3.
Neu! Neu! Neu!
!! Im Frühlingssglanz!!
Populäre Konzerte:
Im Pflasterbain.
In der Rosenlaube.
Im Obgartien.
In der Sophienlaube.
Im Weinberge.
Entrée frei! Entrée frei!
Theater-Abtheilung:
Auftreten von Humaristen, Komikern ac.
Hauswirths Tochterlein.
Pöffe.
Ausschank der Berliner
Bock-Brauerei.

Berliner Possen-Theater

Münzstrasse 17.
(Eingang Königgraben.)
Direktion: Joseph Richter
und Leonhardt Hölzel.
Heute wegen
Privatfestlichkeit
geschlossen.
Morgen, Sonntag: Große
Extra-Vorstellung.
Entrée 30 Pfennige.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glüd.
Letzte Woche f. d. sensationelle
Januar-Programm
Saisonöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Montag, den 1. Februar 1897:
Erstes Auftreten der berühmten
spanischen Tänzerin
Carmencita,
sowie des engl. Schindels-Duettists
The 5 Lorrison,
genannt: Das Empire-Quintett.
Premier: 12 neue Debuts.
Beginn der Vorstellungen ab
1. Februar um 7 1/2 Uhr.

Kaufmann's Variété

Heute und die folgenden Tage:
Der Troubadour.
Lorch-Troupe. — Aglos-Trio.
Rose und Jules.
Mr. Frank Hilton. Ubi Blum.
Artista-Szemanyovics
und
Elite-Nummern.

Welt-Restaurant

Variété- und Spezialitäten-
Theater.
Dresdenerstr. 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem
Entrée:
Grosses Künstler-Konzert
Im großen Theateraal:
Berliner Sportmädels.
Ausstattungs-Burleske mit Gefang
Anfang: Entrée:
Wochent. 7 1/2 Uhr. Wochentags 20 Pf.
Sonntags 6 Uhr. Sonntags 30 Pf.

Hackescher Markt 4, J. Brünn

Ecke Neue Promenade.
Nach beendeter Inventur gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinwandwaaren!
zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf!

Welt-Restaurant

Variété- und Spezialitäten-
Theater.
Dresdenerstr. 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem
Entrée:
Grosses Künstler-Konzert
Im großen Theateraal:
Berliner Sportmädels.
Ausstattungs-Burleske mit Gefang
Anfang: Entrée:
Wochent. 7 1/2 Uhr. Wochentags 20 Pf.
Sonntags 6 Uhr. Sonntags 30 Pf.

Deutsche Schuh-Fabrik

Erfurt
Schuhwaaren en gros & en detail
in eleganter und solider Ausfertigung.
Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ausgesperrten
Schuhmacher in Erfurt werden jetzt,
außer in den bekannten Verkaufsstellen, in
den eigenen Niederlagen
Bellealliancestr. 98/99
und
Rosenthalerstr. 68/64
verkauft.
Weitere Filialen in Deutschland:
München, Sendlingerstr. 10. Köln a. Rh., Engelstein 66.
Dachauerstr. 83. Bremen, Paulenstr. 75.
Landbergerstr. 7. Hannover, Radesmarkt 7a.
Frankfurt a. M., Viebahn- Hamburg, Wehrstr. 8a.
berg 26. Leipzig, Leipzigerstr. 37.
Düsseldorf, Bismarckstr. 91. Braunschweig, Söde 4.

Otto Mette's Bierquelle Süd-Ost,

14 Wiener Strasse 14,
Helles u. dunkles Lagerbier, Münchener Bürger Bräu, Pilsener
Bier. — Warme Speisen und Getränke jederzeit.
Telephon IV, Nr. 2224.

Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896

mit der
Silbernen
Staats-Medaille
prämierte
PATZENHOFER BRAUEREI
BERLIN NO., Landsberger Allee 24-27
empfiehlt ihre anerkannt reinen und wohl-
schmeckenden Biere in Gebinden und Flaschen
(letztere ohne Pfand).
Fernsprecher: Amt VII, No. 2300 u. 5335.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren

Reelle Waare. Ganze Wohnungs-Einrichtungen in Nussbaum u. Mahag. zu soliden Preisen.
Franz Tutzauer
Fischlermeister, Mäckerstr. 14.

Hackescher Markt 4, J. Brünn

Ecke Neue Promenade. Am Stadtbahnhof „Börse“.
Nach beendeter Inventur gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinwandwaaren!
zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf!

Welt-Restaurant

Variété- und Spezialitäten-
Theater.
Dresdenerstr. 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem
Entrée:
Grosses Künstler-Konzert
Im großen Theateraal:
Berliner Sportmädels.
Ausstattungs-Burleske mit Gefang
Anfang: Entrée:
Wochent. 7 1/2 Uhr. Wochentags 20 Pf.
Sonntags 6 Uhr. Sonntags 30 Pf.

Deutsche Schuh-Fabrik

Erfurt
Schuhwaaren en gros & en detail
in eleganter und solider Ausfertigung.
Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ausgesperrten
Schuhmacher in Erfurt werden jetzt,
außer in den bekannten Verkaufsstellen, in
den eigenen Niederlagen
Bellealliancestr. 98/99
und
Rosenthalerstr. 68/64
verkauft.
Weitere Filialen in Deutschland:
München, Sendlingerstr. 10. Köln a. Rh., Engelstein 66.
Dachauerstr. 83. Bremen, Paulenstr. 75.
Landbergerstr. 7. Hannover, Radesmarkt 7a.
Frankfurt a. M., Viebahn- Hamburg, Wehrstr. 8a.
berg 26. Leipzig, Leipzigerstr. 37.
Düsseldorf, Bismarckstr. 91. Braunschweig, Söde 4.

Otto Mette's Bierquelle Süd-Ost,

14 Wiener Strasse 14,
Helles u. dunkles Lagerbier, Münchener Bürger Bräu, Pilsener
Bier. — Warme Speisen und Getränke jederzeit.
Telephon IV, Nr. 2224.

Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896

mit der
Silbernen
Staats-Medaille
prämierte
PATZENHOFER BRAUEREI
BERLIN NO., Landsberger Allee 24-27
empfiehlt ihre anerkannt reinen und wohl-
schmeckenden Biere in Gebinden und Flaschen
(letztere ohne Pfand).
Fernsprecher: Amt VII, No. 2300 u. 5335.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren

Reelle Waare. Ganze Wohnungs-Einrichtungen in Nussbaum u. Mahag. zu soliden Preisen.
Franz Tutzauer
Fischlermeister, Mäckerstr. 14.